4/2017

Gymnasium in Niedersachsen

Vertreterversammlung feiert 70 Jahre Philologenverband:

Philologentag bestimmt die Richtlinien der Bildungspolitik

Rückblick auf den Philologentag 2017: Steter Einsatz für ein starkes Gymnasium

Positionen und Resolutionen

Dr. Achim Block im Interview

Anregungen und Impulse zur Lehrergesundheit

Tablets am Gymnasium

Was tun bei Überlastung?

Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium Osnabrück für Deutschen Schulpreis nominiert

Rezensionen und Literaturtipps

Die Zeitschrift des Philologenverbandes

Inhalt

Schwerpunktthema: Philologentag 2017

Der Philologentag 2017 in der Rückschau 3

Siebzig Jahre Philologenverband Niedersachsen:
Steter Einsatz für ein starkes Gymnasium 6

Resolution der Vertreterversammlung 2017, beschlossen am 7. November 2017

40-Stunden-Woche auch für Lehrer sicherstellen! 12
Vorrangige Senkung der Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer

Digitalisierung – Auswirkungen auf Unterricht und Erziehung am Gymnasium 13

Mahnungen und Forderungen an die Koalitionäre von SPD und CDU 14

Schul- und Bildungspolitik

Pädagoge sein heute: Anregungen und Impulse zur Lehrergesundheit 16

Tablets am Gymnasium 18

Aus dem Archiv

Die Vertreterversammlungen 1986 und 1996 in der Rückschau
Gegen die Orientierungsstufe und Kaputtsparen der Bildung 19

Im Interview

„Die Institution Gymnasium ist etwas hoch Vernünftiges“:
„Man musste außerhalb der Schule etwas dafür tun, dass diese weiterbesteht“ 21

Aus der Arbeit der Stufenpersonalräte

Ich fühle mich überlastet – was kann ich tun? 25

Bereitschaft und Vertretung in der Praxis des Schulalltags 28

Schulen in Niedersachsen

Niedersächsisches Gymnasium unter den besten Schulen Deutschlands
Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium Osnabrück 2015 und 2017 nominierte Schule für den Deutschen Schulpreis 28

Gastkommentar

Warum Förderschulen unverzichtbar sind 30

Personen

Ehrung für Vertreter der freien Schulen 31

Wir trauern um 31

Literatur

Die Inklusionsfalle – oder Argumente gegen das TINA-Prinzip 32

Ein neuer „Sturm“ am Krimihimmel 33

Ein Handbuch, das Mut macht 34

Sternstunden deutscher Sprache 34

Mosaiken von großer Schönheit 35

Impressum

GYMNASIUM in Niedersachsen
Zeitschrift des Philologenverbandes

Herausgeber und Verleger:
Philologenverband Niedersachsen
Sophienstraße 6
30159 Hannover
Tel. 0511 36475-0

Redaktionsadresse:
Cord Wilhelm Kiel
Werder 31
31789 Hameln
Cord.Wilhelm.Kiel@t-online.de

Redaktion:
Cord Wilhelm Kiel

Gestaltung:
Frank Heymann
Grafikdesign und Mediengestaltung
30163 Hannover

Druck:
Hannoprint, Isernhagen
www.hannoprint.de

Die Zeitschrift *Gymnasium in Niedersachsen* erscheint viermal jährlich.

Redaktionsschluss für *Gymnasium in Niedersachsen* 1-2018 ist Donnerstag, der 1. Februar 2018.

Beiträge bitte, soweit als möglich, als E-Mail-Anlage direkt an die Redaktions-Adresse **Cord.Wilhelm.Kiel@t-online.de** schicken.

Weitere Informationen auf unserer Homepage **www.phvn.de**

Liebe Leserinnen und Leser,

der Philologentag 2017 ist Geschichte, das Jahr 2017 wird es ebenfalls bald sein. Haben Sie auch das Gefühl, dass dieses Jahr nur so an einem vorbeigerast ist? Mir jedenfalls geht es so. Vielleicht liegt es daran, dass 2017 permanente Aufmerksamkeit und Betriebsamkeit erfordert hat. Erst waren es die Nachbereitung der Vertreterversammlung 2016 und unsere Kampagne für die 40-Stunden-Woche auch für Lehrkräfte. Dann kamen die Abordnungen, was für viele Beteiligte – mich als Stufenpersonalrat eingeschlossen – die praktische Folge hatte, dass die Sommerferien de facto nach drei Wochen beendet waren. Dann folgten in schnellem Tempo der Wechsel der politischen Mehrheit im Land, der (gefühlte) Stimmungsumschwung hin zu Schwarz-Gelb, dann die Bundestagswahl, gefolgt vom geradezu dramatischen erneuten Umschwung der politischen Stimmung und der Landtagswahl. Wie es Herausforderer Althusmann geschafft hat, innerhalb weniger Wochen einen Vierzehn-Prozent-Vorsprung der CDU vor der SPD zu einem Fünf-Prozent-Rückstand zu verwandeln (man könnte natürlich auch sagen: wie es Ministerpräsident Weil geschafft hat, einen aussichtslos wirkenden Rückstand zu einem glanzvollen Sieg zu machen), sollen die Wahlforscher und Politologen untersuchen. Gänzlich verwunderlich ist es angesichts eines verunglückten CDU-Wahlkampfes inklusive einiger „unglücklicher", nie ernsthaft korrigierter Aussagen des Spitzenkandidaten – auch zur Schulpolitik – und eines auf der anderen Seite zupackenden Ministerpräsidenten, der eine fulminante Aufholjagd hinlegte und dabei seinen alten Spitznamen „Lange-Weil" vergessen machte, nicht.

Zum Erscheinen dieser Ausgabe dürfte feststehen, wie sich die neue Landesregierung aus SPD und CDU, die erste „GroKo" in Niedersachsen seit fast 50 Jahren, aufgestellt hat. Zum Zeitpunkt der Drucklegung stand dies noch nicht fest. Mir bleibt daher, auf die Forderungen an die neue Landesregierung, welche die Vertreterversammlung 2017 formuliert hat, zu verweisen. Denn der Rückblick auf „Goslar" stellt den Schwerpunkt dieser Ausgabe dar, in der wir auch auf 70 Jahre Philologenverband Niedersachsen zurückblicken. Dies passiert in der Berichterstattung über den Philologentag, aber auch und gerade im Rahmen eines ausführlichen Interviews mit unserem Ehrenmitglied Dr. Achim Block, der unsere Verbandsgeschichte von Anfang an direkt und indirekt begleitet hat.

Bekannte Rubriken wie Schul- und Bildungspolitik, Aus der Arbeit der Stufenpersonalräte, Buchrezensionen oder Schulen in Niedersachsen sorgen dafür, dass diese Ausgabe nicht eine reine „Vertretertagsnummer" ist. Dafür aber sollen einige Inhalte des Philologentags 2017, wie die fulminante, aber von der Länge her diese Ausgabe sprengende Rede von Josef Kraus, noch einmal Anfang des neuen Jahres aufgegriffen werden.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre dieser Ausgabe und wünsche Ihnen eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit, einen „guten Rutsch" sowie ein gutes neues Jahr 2018.

Cord Wilhelm Kiel

Schwerpunktthema: Philologentag 2017

Der Philologentag 2017 in der Rückschau

Von Cord Wilhelm Kiel

Die Vernachlässigung von solidem Wissen durch die vorherrschende „Kompetenzpädagogik", die Inklusion und das weiter ungelöste Problem der zu hohen Lehrerarbeitszeit waren Schwerpunkte des diesjährigen Niedersächsischen Philologentages, der am 7. und 8. November in Goslar stattgefunden hat. Unter dem Motto „Steter Einsatz für ein starkes Gymnasium" feierte der Philologenverband gleichzeitig seinen 70. Geburtstag. Mehr als 350 Delegierte aus den niedersächsischen Gymnasien, Gesamtschulen, Oberschulen und Studienseminaren, die über 8000 Mitglieder vertraten, nahmen an der Festveranstaltung und der Delegiertenversammlung teil.

Die Delegierten dieses „Lehrerparlaments" hatten über die ungewöhnlich hohe Zahl von 701 Anträgen zu beraten, die zeigten, was die Schulen bedrückt und wo sie Veränderungen und Verbesserungen erwarten. So spiegeln diese Anträge die Forderungen der Mitgliederbasis nach einer leistungsfähigen, gut funktionierenden Schule ebenso wider wie die vielfältigen Probleme, die es am Ende der rot-grünen Koalition zu beklagen gibt. Besonders bemängelt wird dabei der systematisch betriebene, offene und schleichende Leistungsabbau durch viele von Rot-Grün erlassene Rechtsvorschriften zu Schule und Unterricht, die den Bildungsauftrag des Gymnasiums und das Niveau der schulischen Arbeit gefährden. Dazu kommen die mit der Inklusion geschaffenen, aber bisher stets geleugneten Probleme sowie die schlechte Unterrichtsversorgung der Gymnasien bei gleichzeitigen mehr als problematischen Abordnungen von Gymnasiallehrern an Grundschulen und andere Schulformen, die zu weiteren Unterrichtsausfällen an den Gymnasien führen.

Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk

Landtagspräsident Bernd Busemann

Oberbürgermeister Dr. Junk: Der nächste Kultusminister muss jemand aus der Praxis sein!

Zu den besonderen Bonmots der Vertretertage gehören schon seit Jahren die unterhaltsamen, mitunter auch zum Schmunzeln anregenden, aber in der Sache stets exakt auf den Punkt gebrachten Grußworte von Goslars Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk (CDU). Der Philologentag gehöre inzwischen nach Goslar wie die Fachwerkhäuser oder der Rammelsberg, begann Junk, der in der Folge Bezug auf das Frühjahrshochwasser 2017 nahm, bei dessen Bewältigung ihm der PhVN als Vorbild gedient habe. „Briefe nach Hannover mit einem guten Argument bringen dann mehr als so manche Richtlinie“, unterstrich er. Und „ohne das, was hier in den vergangenen Jahren passiert ist, hätte es vielleicht eine Fortsetzung von Rot-Grün gegeben“ – also sei es nicht umsonst gewesen, was in den letzten Jahren auf den Philologentagen passiert sei.

Sehr großen Zuspruch erntete Dr. Junk, als er die Frage in den Raum stellte, wer nächster Kultusminister werden und welchen Hintergrund er bzw. sie haben sollte. Seine Meinung: „Ich glaube, dass es alle Diskussionen und die gesamte Schullandschaft in Niedersachsen sehr beruhigen würde, wenn es ein Mann oder eine Frau aus der Praxis wäre, der oder die weniger Ideologie und mehr Sachverstand in die Schule bringen würde.“ Mit diesem Plädoyer, das er noch mehrfach wiederholte, sprach er vielen Delegierten und Gästen aus der Seele, wie mehrfach aufbrausender donnernder Applaus es belegte. Der Oberbürgermeister legte aber noch nach: „Lasst doch mal jemanden ran, der erkennt, dass die Lehrkräfte die zentrale Stelle an den Schulen sind! Wenn im Land endlich die Einsicht Einzug halten würde, dass wir zu brennenden Themen wie Inklusion, Abordnungen oder Lehrereinstellungen vernünftige Ergebnisse bekommen müssen, dann wäre uns allen – auch uns hier in der Region – sehr geholfen!“ Wie groß der Unterschied zwischen Theorie und Praxis sei, belegte Dr. Junk am Beispiel des Autofahrens. Sein leidenschaftlicher Appell nach einem Kultusminister bzw. einer Ministerin „aus der Praxis“ fand überregional großen Widerhall, wie die zahlreichen Presseberichte über den Philologentag aus dem ganzen Land bewiesen.

Landtagspräsident Busemann: Bleiben Sie sich und dem Land treu!

Als höchster Repräsentant unseres Bundeslands überbrachte Landtagspräsident Bernd Busemann Grüße von zweimal 137 Abgeordneten – weil der alte Landtag noch im Amt war und der neue in der folgenden Woche zusammentrat. „Ich habe das Kultusministerium vor fast zehn Jahren verlassen, aber immer beobachtet, wie es in der Kultuspolitik weitergeht und wie es an den Gymnasien aussieht“, eröffnete Busemann sein Grußwort. Auch als Landtagspräsident habe er versucht, die politische Bildung innerhalb der Bevölkerung weiter zu verankern. Denn „politische Bildung kann keinen Erfolg haben, wenn das Fundament nicht in der Schule gelegt wird. Dazu gehört ein wissenschaftspropädeutisches Gymnasium.“

Im Rückblick auf die Verbandsgeschichte stellte Busemann fest: „Schon 1947 ging es um die Verteidigung des Gymnasiums“, denn die Besatzungsmächte wollten eine Gesamtschule errichten und das gegliederte Schulwesen aufheben. Der Landtagspräsident verwies auf den Gründungstag des Deutschen Philologenverbands am 20.09.1837 – wir feiern also auch 180 Jahre Philologenverband in Deutschland. Die Gründung erfolgte damals unter der Federführung des legendären Alexander von Humboldt. „Kann das Humboldtsche Bildungsideal noch heute als Vorbild und Leitschnur für das Gymnasium dienen?“ fragte Bernd Busemann – eher rhetorisch. Denn selbstverständlich sei es nicht überholt, an die aktuelle Situation angepasst könne es sogar hilfreicher sein denn je.

„Es wird nach fast 50 Jahren wieder eine große Koalition in Niedersachsen geben; das wird nicht einfach, stellt aber eine Chance dar, in der Schulpolitik Regelungen zu finden, die die nächste Legislaturperiode überdauern können“, sagte Busemann mit Blick auf die aktuelle Situation. Deutschland werde für sein duales Bildungssystem weltweit bewundert, dennoch werde auf eine zunehmende Akademisierung der Gesellschaft gesetzt – obwohl eigentlich viel mehr gut ausgebildete Facharbeiter gebraucht würden. Mit seiner Aussage „Die Politik lügt sich dabei in die Tasche, wenn man durch Niveauabsenkungen höhere Abiturquoten haben will!“ erntete Busemann starken Applaus der rund 350 Anwesenden, denn dadurch gehe die Schere zwischen Hoch-

Josef Kraus

Horst Audritz

schulberechtigung und Hochschulbefähigung immer weiter auseinander. „Eine bildungs- und gesellschaftspolitische Fehlentwicklung ist durch diese Suche nach höheren Abiturquoten erkennbar“, folgerte der Landtagspräsident.

Gegen weitere Strukturdebatten wehrte sich Busemann ausdrücklich. Er stellte klar: „Wir brauchen die Gymnasien – und eine weitere gleichberechtigte berufsvorbereitende Schulform. Wie auch immer diese zweite Schulform genannt wird, ist letztlich unerheblich.“ Dabei sollte es möglich sein, zu einem Konsens zu kommen und dann das Schulsystem bezüglich Strukturveränderungen in Ruhe zu lassen. Dazu gehöre auch, die Förderschulen, die es noch gebe, in Ruhe und weiterbestehen zu lassen. Als eine „erste kleine Korrektur“ der Schulpolitik der vergangenen fast fünf Jahre nannte er die Wiedereinführung der Schullaufbahnempfehlung. Mit Aussagen wie diesen sowie der Feststellung „Meine Partei steht zum Gymnasium, zu seiner Erhaltung und guten Ausstattung“ erntete Busemann viel Beifall und bewies, dass er der Festveranstaltung genau den richtigen Rahmen zu verleihen vermochte. Sein Schlusswort „zum Gelingen eines Schulwesens gehören die Verbände. 70 Jahre haben Sie sich Vertrauen erworben. Bleiben Sie sich treu, bleiben Sie dem Land treu – und alles Gute für die Zukunft“ fasste den Philologentag 2017 geradezu zusammen.

Rekordverdächtige Antragslage belegt schlechte Stimmung in den Schulen

Mit den Folgen von Leistungsabbau und Wohlfühlpädagogik beschäftigte sich der Vortrag des langjährigen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands und bekannten Buchautors Josef Kraus, der darin den Bildungsauftrag des Gymnasiums gefährdet sieht. Die Festreden anlässlich von 70 Jahren Philologenverband Niedersachsen sind in dieser Ausgabe (Ansprache von Horst Audritz) bzw. werden in der nächsten (Festvortrag von Josef Kraus) dokumentiert. Die Festveranstaltung des Philologentags 2017 wurde musikalisch vom SYBAB-Jazzensemble der Kreismusikschule Goslar unter der Leitung von Jaroslaw Bartoszem kongenial begleitet.

Abseits der öffentlichen Festveranstaltung stand traditionsgemäß die Diskussion und Bestimmung der Verbandslinie für die nächsten 12 Monate im Zentrum der Beratungen. Schwerpunkte der Beratungen der Delegierten waren Forderungen an die neue Landesregierung, um schnellstmöglich zu einer umfangreichen „Mängelbeseitigung“ bzw. zu einer notwenigen „Kurskorrektur“ nach fast fünf Jahren Rot-Grün zu kommen. Neben richtungsweisenden Resolutionen zu diesem Thema und zur Arbeitszeit wurde ein Grundsatzpapier zur Digitalisierung verabschiedet, dessen Kernforderungen ebenfalls Ausdruck in einer Resolution gefunden haben.

Besonders ausführlich geriet bei dieser Vertreterversammlung allerdings die Beratung und Beschlussfassung der Anträge, deren Zahl mit knapp über 700 einen neuen Rekordstand erreicht hat. Allein diese Zahl belegt, wie groß die Probleme angesichts einer Politik und eines „Dienstherrn“, für den der Begriff „Fürsorgepflicht“ angesichts kontinuierlich gestiegener Belastungen bei gleichzeitig gesunkenen Anreizen und Belohnungen sowohl in finanzieller als auch in stellenspezifischer Hinsicht nur noch eine Worthülle darstellt, an den Schulen sind. Dies wurde auch bei den Gesprächen am Rande des Philologentages mehr als deutlich. „Die Unzufriedenheit ist riesig, so kann es nicht weitergehen“, sagte beispielsweise ein Delegierter, der gleichzeitig die Verbandsspitze aufforderte, weiterhin und mit unvermindertem Einsatz für Arbeitszeitgerechtigkeit und Entlastungen zu kämpfen.

Die Aufgabengebiete, für die wir uns in der nächsten Zeit einsetzen müssen, sind zahlreich. Sehr viele Anträge waren – erwartungsgemäß – zum Thema Arbeitszeit eingegangen, zu Entlastungen, Arbeitsbedingungen und zu unserer Forderung nach einer 40-Stunden-Woche auch für Lehrer. Große Antragsblöcke gab es aber unter anderem auch zur Lehrerbildung (jeweils rund zwanzig Anträge wandten sich gegen eine Einheitslehrerausbildung bzw. forderten, endlich mit der unseligen Praxis aufzuhören, Mitwirker statt Fachleiter einzustellen und damit bei der Ausbildung zukünftiger Gymnasiallehrkräfte – unserem wichtigsten Gut für die Zukunft – zu sparen), zu Belastungen bzw. systemischen Fehlern der Eigenverantwortlichen Schule sowie zum Dauerbrenner Kompetenzorientierung. Sehr viele Anträge forderten auch eine Rückkehr zum Fachgruppenprinzip in den Stufenpersonalräten. Wie problematisch dieser Systemwechsel

hin zum Regionalprinzip in der Folge des neuen Personalvertretungsrechts gewesen ist, hat sich unter anderem bei den Abordnungen von Gymnasien an andere Schulformen gezeigt und wird in dieser Zeitschrift in näherer Zukunft noch thematisiert werden.

Ehrung für scheidenden Bezirksvorsitzenden

Neben intensiven, mitunter auch kontrovers geführten Diskussionen gehören auch Rückblicke, Ausblicke und Ehrungen zu den Philologentagen wie die Kaiserpfalz zu Goslar. Geehrt wurde in diesem Jahr Michael Kleeberg, der über viele Jahre hinweg Vertrauensmann des PhVN an seiner Schule, dem Campe-Gymnasium Holzminden sowie in den letzten sechs Jahren Vorsitzender des Bezirksverbands Weserbergland gewesen ist. Auf seine eher leise, aber konsequente Art hat er den Bezirksverband betreut und zu einem der aktivsten im ganzen Land gemacht. Michael Kleeberg verabschiedete sich, wie man es von ihm kennt. Mit wenigen, ruhig vorgetragenen, aber in der Sache präzisen und deutlichen Worten. Er wünschte dem PhVN und seinen Kolleginnen und Kollegen alles Gute. Der Philologenverband solle und müsse seinen Weg weitergehen; der Einsatz für die Lehrkräfte sowie die Schulform Gymnasium sei wichtiger denn je.

Diese Worte könnten geradezu sinnbildlich für den Vertretertag 2017, der – zwischen Rückschau auf die Verbandstradition und Ausblick auf die Zukunft, zwischen Festlichkeit und intensiver politischer Auseinandersetzung einer breiten und aktiven Basis in der Sache – ein ganz besonderer Philologentag gewesen ist, stehen.

Horst Audritz ehrt Michael Kleeberg mit der silbernen Ehrennadel des PhVN

Siebzig Jahre Philologenverband Niedersachsen:
Steter Einsatz für ein starkes Gymnasium

Rede des Vorsitzenden Horst Audritz zum Philologentag 2017

Sehr verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe in meiner Begrüßung auf die Bedeutung des heutigen Tages für den Philologenverband hingewiesen. Diese Feierstunde ist mir eine willkommene Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und ein wenig in der Geschichte zu blättern.

Im Juni 1947 kamen in der Lutherschule in Hannover etwa 30 Oberschullehrer, so die damalige Bezeichnung, zusammen. Viele waren aus dem Osten vertrieben, ohne Anstellung, andere zwar beruflich tätig, aber zu geradezu unzumutbaren Bedingungen. Aber sie waren entschlossen, daran etwas zu ändern, nicht vereinzelt, sondern gemeinsam.

Unter diesen Frauen und Männern war auch Dr. Kurt Heißenbüttel, ein Mann, der den anderen besonders geeignet erschien, „ihre“ Sache in die Hand zu nehmen, um zu materiellen und berufspolitischen Verbesserungen zu kommen, die man so dringend brauchte. Gar bald wurden immer mehr Lehrkräfte auf die Arbeit der zunächst kleinen Gruppe aufmerksam: Sie wollten mitmachen, sie wollten sich einbringen in diese Notgemeinschaft, und es nicht anderen überlassen, für sie zu handeln.

Es zeigte sich schon bald, dass nunmehr erforderliche Maßnahmen einen organisatorischen, ja einen institutionellen Rahmen brauchten, um öffentlich Einfluss nehmen und Wirksamkeit entfalten zu können. Und damit war der Weg vorgezeichnet: Am 15. Oktober 1947 kam es in Hannover zur Gründung des Philologenverbandes Niedersachsen, eine Gründung, die schon deshalb viel Aufmerksamkeit fand, als dazu Delegierte aus immerhin 44 Gymnasien, sprich Oberschulen, zusammengekommen waren, die Dr. Kurt Heißenbüttel zum ersten Vorsitzenden dieses neugegründeten Verbandes von Gymnasiallehrern wählten.

Schon bald zeigte es sich, dass es nicht nur darum ging, die materielle Lage seiner Mitglieder zu verbessern, vielmehr verlangten existenzielle Fragen ganz anderer Art Aufmerksamkeit und Gegenwehr: Im Verein mit den Alliierten versuchten die Gewerkschaften anstelle eines nach Schulformen gegliederten Schulwesens ein integriertes Schulsystem zu errichten, ganz nach anglo-amerikanischen Vorbild, gleichsam als schulische Reparationsleistung.

Inzwischen waren auch andernorts Landesverbände gegründet worden, die – so wie wir – wussten, dass man gegen diese Versuche mit Entschiedenheit Front machen müsse, wollte man in Deutschland ein leistungsfähiges demokrati-

sches Schulwesen aufbauen, das nicht all die Defizite haben durfte, wie sie uns aus Amerika und England beschrieben wurden. Denn das war uns klar: Deutschland brauchte kein Schulwesen, in dem sich die Begüterten Privatschulen leisten, die anderen jedoch die öffentlichen Gesamtschulen besuchen müssen. Unser Ziel war ein anderes: Wir wollten ein demokratisches, leistungsfähiges Schulwesen, das allen offensteht.

Der Kampf war zugebenermaßen nicht einfach, er wurde von den Gewerkschaften und von bestimmten Parteien mit großer Verbissenheit geführt, ähnlich wie wir das auch heute noch sehen können, zumal sich seitdem die Zielsetzungen unserer bildungspolitischen Widersacher nicht geändert haben. Es bedurfte und bedarf eines nicht geringen kämpferischen Einsatzes und beharrlicher Ausdauer unsererseits, um erfolgreich sein und seine Grundüberzeugungen durchsetzen zu können.

Heute können wir mit Genugtuung feststellen, dass sich das gegliederte Schulwesen – dank auch unseres entschlossenen Einsatzes – weitgehend durchgesetzt hat und großes Ansehen genießt, während sich in Regionen und Ländern, in denen Gesamtschulen politisch gewollt sind, systembedingt schulische Defizite häufen, wie das auch jüngste Untersuchungen wieder einmal erwiesen haben.

Rückblickend lässt sich sagen: Hätte es den Philologenverband nicht gegeben und würde es ihn heute nicht geben, dann hätten wir in Niedersachsen eine weitgehend, wenn nicht insgesamt eine flächendeckende integrative und nivellierende Einheitsschule als einzige Schulform, und es gäbe keine Gymnasien mehr. Doch ich versichere Ihnen mit unserem Motto: Unser steter Einsatz gilt einem starken Gymnasium – damals, heute und in Zukunft.

Die damaligen Zielsetzungen – wenn auch heute unter veränderten Bedingungen – bestimmen nach wie vor unser Handeln; denn damals wie heute wollen wir den besonderen Bildungsauftrag des Gymnasiums mit Einsatz und Engagement sichern sowie die beruflichen und materiellen Anliegen und Rechte der Lehrer wirkungsvoll vertreten.

Der Philologenverband Niedersachsen ist heute ein starker, und ich kann sagen, ein respektierter, gelegentlich auch gefürchteter Verband, der nicht nur die Interessen des Gymnasiums und der Gymnasiallehrkräfte vertritt, sondern darüber hinaus die Schul- und Bildungspolitik mitbestimmt und gestaltet.

Dafür sind wir auch personell gut gerüstet: Die heute mehr als 300 anwesenden Delegierten vertreten über 8000 Mitglieder an 266 Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs, an den Studienseminaren sowie an zahlreichen Kooperativen und Integrierten Gesamtschulen sowie an Oberschulen. Und unsere Mitgliederzahlen steigen ständig – sichtbares Zeichen für die Anerkennung, die unsere Arbeit in den Schulen findet.

Für ein leistungsfähiges und differenziertes Schulwesen

Die Gymnasien haben sich stets – wie unser Motto zeigt – von dem Grundsatz leiten lassen: Ohne ein leistungsfähiges und differenziertes Schulwesen, ohne ein starkes Gymnasium kann es Wohlstand und Prosperität nicht geben, hätte unser Land in den gut 70 Jahren seit Kriegsende nicht die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung nehmen können, die wir heute haben, wäre unser Land nicht ein international so geachtetes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft und einer gesicherten rechtsstaatlichen Demokratie.

Dieses Resümee bestimmt auch unser kämpferisches Eintreten für einen anspruchsvollen gymnasialen Unterricht. Wir beobachten daher mit großer Sorge einen fortschreitenden Leistungs- und Bildungsabbau, wie er beispielsweise auch an der ministeriell geförderten Inflationierung guter Noten und schulischer Abschlüsse offensichtlich wird, oder in der sukzessiven Abschaffung von Noten und Versetzungen.

Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog hat in seiner berühmten Ruck-Rede deutlich gesagt: „Es gibt keine Bildung ohne Anstrengung. Wer die Noten aus den Schulen verbannt, schafft Kuschelecken, aber keine Bildungseinrichtungen, die auf die Zukunft vorbereiten.“ Wir können diesem Satz – gerade vor dem Hintergrund der bisherigen schulpolitischen Entwicklung in unserem Land – nur uneingeschränkt zustimmen!

Aus der gleichen Überzeugung heraus sagen wir ein entschiedenes Nein zu einem Abitur, das lediglich eine formale Studienberechtigung bestätigt, und damit gleichsam zu einem Abitur ohne Verkehrswert wird. Wem ist denn mit einer derartigen Entwicklung wirklich geholfen? Was nutzen jungen Menschen Abschlüsse, die ihnen eine Studierfähigkeit bescheinigen, über die sie jedoch gar nicht verfügen? Abbrecherquoten von inzwischen fast 35 % aller Studienanfänger sind doch ein alarmierendes Zeichen, das alle – auch die Politik – zur Besinnung mahnt.

Wenn dieser fatalen Entwicklung der Entwertung des Abiturs nicht alsbald Einhalt geboten wird, dann wird sich der Satz „Wenn alle ein Abitur haben, dann hat keiner mehr ein Abitur“ bestätigen – mit all den fatalen Folgen, die sich mit dieser Entwertung des Abiturs zwangsläufig ergeben. Die Hochschulen werden eigene Hochschuleingangsprüfungen einführen. Und damit bleibt auch die sozialpolitische Funktion des Abiturs auf der Strecke. Das können wir doch nicht ernsthaft wollen!

Dieser systematisch betriebene Leistungsabbau in Schule und Hochschule, den ich nur an ganz wenigen Beispielen und Folgen aufzeigen kann, wird unsere Schulen und Hochschulen verändern, tiefgreifend, wenn wir nicht alle gemeinsam gegensteuern in der Gewissheit und Überzeugung, dass solide Kenntnisse und Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten unabdingbare Voraussetzungen für Fortkommen in Schule und Hochschule sowie für erfolgreiches berufliches Tun sind.

Daher unterstreichen wir, uneingeschränkt und ohne Zögern, im Interesse des Einzelnen wie unserer Gesellschaft:

- wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich fordern und fördern
- wir wollen keine Inflation von Bestnoten ohne die erforderlichen Leistungsanforderungen
- wir wollen keine Abschlüsse ohne inhaltlichen Verkehrswert

- und schließlich: wir wollen keine Schule, in der die Lehrkräfte nur noch Lernberater und Sozialanwälte sind und nicht mehr Vermittler von Kenntnissen und Fertigkeiten

Abschaffung der Orientierungsstufe großer Erfolg des Verbandes

In den 70 Jahren unserer Verbandsgeschichte gab es in Niedersachsen immer wieder Versuche, das Schulwesen zu verändern, es zu reformieren, es umzukrempeln, gelegentlich mit Zielsetzungen, zu denen man Ja sagen konnte, viele aber derart, dass parteigebundene und ideologische Handschrift sichtbar wurde. Ich erinnere hier nur an die Einführung der Orientierungsstufe, an die Verkürzung der Schulzeit, an das Zentralabitur, an die Eigenverantwortliche Schule und die Schulinspektion, an die Einrichtung der Schulvorstände und an vieles andere mehr – nicht zu vergessen die zahlreichen pädagogischen und didaktischen Flops, angefangen von der Mengenlehre bis zum unsäglichen „Schreiben nach Gehör" in der Grundschule.

All diese sog. Reformen und Veränderungen waren – manchmal über viele Jahre hinweg – Themen unserer Vertretertage: in den Anträgen aus den Schulen, in den Beratungen und Beschlussfassungen sowie in Resolutionen. Manch einer von Ihnen wird sich noch an die lebhaften Diskussionen zu diesen Fragen erinnern, einige von Ihnen vielleicht auch noch an die zur Orientierungsstufe, jenes in Deutschland einmalig gebliebenen niedersächsischen Sonderweges einer selbstständigen integrierten Gesamtschule der Schuljahrgänge 5 und 6, einer Schulstufe, die von Anfang an wegen ihrer struktur- und systembedingten Mängel unseren Widerstand gefunden hatte, Mängel, die dann später auch wissenschaftliche Untersuchungen zweifelsfrei belegten.

Doch die niedersächsische Politik, ansonsten eher auf Auseinandersetzung gegeneinander ausgerichtet, hat die Orientierungsstufe zunächst parteiübergreifend wie eine heilige Kuh gepflegt in der irrigen Meinung, unsere Kritik an diesem wenig gelungenen Konstrukt niedersächsischer Schulpolitik werde mit der Zeit verstummen. Doch dabei man nicht mit der uns eigenen, geradezu verbandsgenetischen Beharrlichkeit gerechnet, die es uns verbietet, von etwas als richtig oder als falsch Erkanntem abzulassen und stattdessen einen faulen Kompromiss mit dem Zeitgeist zu schließen. Ohne unseren unbeirrten Einsatz gegen alle Widerstände, ohne unsere Ausdauer wäre die Orientierungsstufe, daran besteht kein Zweifel, zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler dieses Landes bis heute nicht abgeschafft worden – das war unser Erfolg!

Über Schulstruktur, über Lerninhalte und Lernziele, über Didaktik und Methodik, über Erziehungsziele und Erziehungsstile ist in den vergangenen 70 Jahren, vor allem seit der Zeit der 68er, heftig gestritten worden, und nicht wenige der damaligen Irrungen und Wirrungen belasten unser Schul- und Bildungswesen noch heute.

Doch es gibt auch Veränderungen in unseren Schulen, für die wir eingetreten sind, für die wir geworben und an denen wir gestaltend mitgewirkt haben. Das trifft in Sonderheit auf die Reform der gymnasialen Oberstufe zu, wie sie in der Vereinbarung der KMK vom Jahre 1972 ihren Niederschlag gefunden hat und die damals der Deutsche Philologenverband unter Führung unseres Landesverbandes mit auf den Weg gebracht hat. Nicht nur über die Struktur und Organisation der Oberstufe, auch über die Inhalte des Unterrichts sowie über die Art und Weise ihrer Vermittlung wurde neu befunden – eine wahre Sisyphusarbeit, die hier zu leisten war. Und trotzdem: Die Bereitschaft, daran mitzuwirken, war groß, und viele Lehrkräfte haben sich an diesem Prozess beteiligt und der Reform wichtige Impulse gegeben, in ihren Schulen oder durch ihre Mitarbeit in den zahlreichen Kommissionen. Herr Dr. Block, unser damaliger Vorsitzender und heutiger Ehrengast, könnte aus seiner eigenen Mitarbeit und seinen Erfahrungen in diesen Kommissionen manch Interessantes berichten, auch manches, was das große Engagement der Lehrkräfte der Gymnasien anschaulich widerspiegeln würde, das unseren großen Respekt verdient.

Die Oberstufe hat uns dann nicht mehr losgelassen – kein Wunder, hat doch gerade der Unterricht in der Oberstufe für das Gymnasium eine besondere Bedeutung. Wir haben daher in der Folgezeit das Modell einer Profiloberstufe entwickelt, mit einer Mischung aus Kern- und Neigungsfächern, ein Modell, das als „Goslarer Modell" bekannt wurde und das wir in die Planungsarbeit im Kultusministerium einbringen konnten – und das mit großem Erfolg.

Der Förderung von Hochbegabten galt unser Interesse bereits zu einer Zeit, als die offizielle Bildungspolitik schon aus Gründen der politischen Opportunität daran kein Interesse zeigte. Denn Hochbegabte waren in einer von den 68ern geformten Gesellschaft gleichsam als „privilegiert" geächtet, sie galten als Außenseiter, die keine Beachtung fanden. Gestützt auf unsere Beobachtungen in unseren Schulen wussten wir um die existentielle Not dieser Kinder, wussten, dass gerade diese Kinder unserer besonderen Betreuung und Förderung bedurften – innerhalb und außerhalb der Schule. So gründeten wir Mitte der 70er Jahre einen Arbeitskreis, der sich mit der Förderung hochbegabter Kinder befassen sollte – einen Arbeitskreis, von dem in der Folgezeit viele Impulse und Anregungen ausgingen. Der Kollege, der diesen Arbeitskreis von Anfang an mit großer Hingabe und beispielhaftem Engagement betreut hat und später bundesweit unermüdlich für die Förderung Hochbegabter warb, ist heute unter uns, was uns Anlass sein sollte, ihm dafür hier unseren Respekt zu bekunden.

Bedeutung neuer Technologien war dem PhVN stets bewusst

Die 70er Jahre waren, ich habe es angedeutet, schwierige Jahre, Jahre weitreichender gesellschaftlicher Konflikte, die auch vor den Schulen und unseren Klassenzimmern nicht Halt machten. Von „Wirtschaft" und „Technik" zu sprechen oder sich damit gar in seinem Unterricht positiv auseinanderzusetzen, war suspekt und wurde als nicht akzeptabel gebrandmarkt. Ich gestehe es gern: Diese Einstellung störte und widerstrebte uns, denn wir wussten um die Bedeutung neuer Technologien, wir kannten die Auswirkung einer florierenden Wirtschaft auf gesellschaftlichen Wohlstand, wie wir das auch mehrfach mit den Leitsätzen unserer Delegiertentage bekundet haben.

Gegen den Zeitgeist gründeten wir daher den Arbeitskreis Gymnasium-Wirtschaft, mit dem wir 1985 in Braunschweig mit über 400 Teilnehmern unseren ersten gemeinsamen Kongress unter dem Leitspruch „Technik und Ethik – Heraus-

Verbandsvorsitzender Horst Audritz bei seiner Festrede in der Kaiserpfalz vor rund 350 Delegierten und Gästen

forderungen für das Gymnasium“ durchführten, um damit Zeichen gegen Wirtschafts- und Technikfeindlichkeit zu setzen. Diese Veranstaltung war der Auftakt einer guten und wirkungsvollen Zusammenarbeit. Jahrelang hat der Arbeitskreis erfolgreich gewirkt: Er hat Patenschaften und Kontakte zwischen Gymnasien und Industrie und Wirtschaft vermittelt, er hat Vorschläge für die Durchführung von Schülerbetriebspraktika erarbeitet und wesentlich zur Akzeptanz dieser Praktika bei den Gymnasien beigetragen – insgesamt richtungsweisende Weichenstellungen für ein neues Miteinander von Schule und Wirtschaft, wie wir das auch heute noch empfinden.

Wenn wir heute gerade von denjenigen zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft gemahnt werden, die damals die Wortführer dieser Technikfeindlichkeit und waren und sich nicht weit genug von der Wirtschaft fernhalten konnten, können wir uns ein Lächeln nicht verkneifen, denn soweit waren wir vor über 30 Jahren schon!

Nicht nur der Vollständigkeit halber will ich auch auf die langjährige gute Zusammenarbeit mit Hochschullehrern in unserem Arbeitskreis Universität – Schule hinweisen. Besonders erwähnen möchte ich zudem den von uns initiierten Arbeitskreis Arzt – Lehrer, der sich mit gesundheitlichen Fragen von Schülern und Lehrkräften intensiv befasste und der in der Schule einen pathogenen Faktor für Gesundheit und Wohlergehen sah, wozu wir auch manches publiziert haben.

Meine Damen und Herren, Sie sehen an diesen Beispielen die Vielfalt unserer verbandlichen Tätigkeitsbereiche, und Sie werden mir zustimmen, dass die Arbeit des Philologenverbandes viel breiter angelegt ist, als mancher das vermutet.

Unserem Festredner Josef Kraus ist es vorbehalten, eine kritische, auf die Gegenwart bezogene schul- und bildungspolitische Analyse vorzunehmen. Ich will seinen Ausführungen keineswegs vorgreifen, denn über das Feuerwerk seiner Ausführungen kann man nicht berichten, das muss man selbst erlebt haben. Doch wer seine Bücher kennt, wird erahnen, was ihn erwartet. Lassen Sie mich dennoch einige Aspekte aktueller bildungs- und berufspolitischer Entwicklungen in aller Kürze berühren.

Die von der Landesregierung vorgenommene Rückkehr zu G 9 war folgerichtig und konsequent, und sie hat zu Recht viel Beifall gefunden, denn die Verkürzung der Schulzeit hatte mehr Mängel und Probleme gebracht als zunächst vermutet. Der Philologenverband hat in der entsprechenden „Expertenkommission“ des Kultusministeriums intensiv mitgearbeitet, und so freuen wir uns, dass dort auch unseren Vorstellungen und Forderungen nach einem neunjährigen Gymnasium entsprochen wurde.

Korrekturen beim neuen G9 und bei der Inklusion erforderlich

Mit der Wiedereinführung von G9 sind zwar erste Voraussetzungen für gründlicheres Lernen und eine bessere Vorbereitung auf die Anforderungen der Hochschulen geschaffen worden, doch in vielen Bereichen entspricht das neue G9 nicht unseren Vorstellungen von einer leistungsfähigen Schule. Wer diese wirklich will, muss andere Maßstäbe anlegen als bisher: Er muss beispielsweise die Kerncurricula wieder mit Inhalten versehen, er muss in der Mittelstufe die Kürzungen in den MINT-Fächern (im Vergleich zum früheren G9) wieder zurücknehmen, und er muss in der Einführungsphase eine 2. Fremdsprache wieder für alle Schüler verbindlich machen. Oder glaubt man wirklich, dass man unsere

Schüler mit einer einzigen Fremdsprache in der Einführungsphase auf die sprachlichen Anforderungen in Europa gut vorbereitet? So naiv kann man doch gar nicht sein.

Dringende Korrekturen sind ebenfalls bei der Inklusion erforderlich und notwendig, denn die Berichte aus den Schulen sind bedrückend und alarmierend, und sie zeigen eine erschreckende Diskrepanz zwischen Träumerei und Realität. Denn Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Nicht wenige Schülerinnen und Schüler, für die aufgrund ihrer Handicaps eine besondere spezifische Unterstützung und Förderung erforderlich wäre, erhalten bei einem inklusiven Unterricht nicht die für sie unabdingbare Betreuung und Förderung.

Eine schonungslose und ideologiefreie Bestandsaufnahme der niedersächsischen Inklusion ist daher unumgänglich und umgehend fällig. Es wird sich dann zeigen, wie weit die niedersächsische Form der Inklusion von der UN-Konvention entfernt ist, nach der bei allen Maßnahmen der Beschulung behinderter Jugendlicher vorrangig das Kindeswohl zu berücksichtigen ist.

Wir sind überzeugt, eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme wird neben einer inklusiven Beschulung von Behinderten auch wieder die Betreuung durch Förderschulen vorsehen, damit Eltern wieder wie zuvor die Möglichkeit haben, sich selbstverantwortlich für die bestmögliche Hilfe und Förderung ihrer Kinder auch in Förderschulen entscheiden können. Denn eines ist klar: So wie bisher kann es im Interesse der betroffenen Schüler und ihrer Eltern nicht weitergehen!

Der Reformwahn hat auch zu keinem Zeitpunkt vor der Lehrerbildung Halt gemacht: Staatsexamina wurden abgeschafft, die Lehramtsstudiengänge gemäß dem Bologna-Schwachsinn verändert und durch ein Bachelor- und Master-System ersetzt und vereinheitlicht. Die Fachlichkeit der Studiengänge wurde zurückgedrängt – ein fataler Irrweg, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des wissenschaftspropädeutischen Unterrichts des Gymnasiums. Schulstrukturen und Lehrerbildung sind seit jeher aufeinander bezogen. Wer die Lehrerbildung verändert, der will Organisation und Struktur des Schulwesens verändern. Wer demnach die Lehrerbildung für die Gymnasien umkrempelt oder abschafft, gibt damit auch zu erkennen, was er – allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz – wirklich mit dem Gymnasium vorhat.

Doch die Politik muss wissen: Mit unserem entschlossenen Widerstand wäre zu rechnen. Erneut würden wir unsere Beharrlichkeit unter Beweis stellen, so wie bei dem Versuch der damaligen Landesregierung, in Oldenburg eine „einphasige Lehrerausbildung“ einzurichten, was bekanntlich an dem kämpferischen Einsatz unseres Verbandes scheiterte.

In der Lehrerbildung sind unserer Positionen klar: Für die Gymnasien müssen die Lehrer in den Hochschulen und in den Studienseminaren so ausgebildet werden, dass sie im Sekundarbereich I und II durchgehend eingesetzt werden können.

Unterrichtsfehl gefährdet Bildungsauftrag

Ich frage Sie: Haben nicht gerade auch die unseligen Abordnungen von Gymnasiallehrern an Grundschulen gezeigt, dass jede Schulform des eigens für diese Schulform ausgebildeten Lehrers bedarf, wenn Lernprozesse erfolgreich gestaltet werden sollen? Und das gilt vice versa auch für Grundschullehrer an Gymnasien. Ein Einheitslehrer, dieses Resümee kann man jetzt schon ziehen, kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Für uns gibt es daher keine Alternative zu einer schulformbezogenen Lehrerausbildung.

Auch die Unterrichtsversorgung, eine der wichtigsten Voraussetzungen, um „gute Schule“ machen zu können, hat uns immer wieder beschäftigt, ganz im Sinne unseres Grundsatzes: „Im Mittelpunkt von Schule steht der Schüler mit seinem Anspruch auf guten Unterricht von gut ausgebildeten Lehrern“. Denn die Folgen einer schlechten Unterrichtsversorgung sind klar: „Unterrichtsfehl gefährdet Bildungsauftrag“, hieß unser Philologentagsmotto 1999. Die derzeit schlechte Unterrichtsversorgung, Spiegelbild des nicht unbeträchtlichen Lehrermangels, hat die Schulen damals wie heute nicht so überraschend getroffen, wie man uns das einreden will. Letztlich ist Ursache dieser Defizite auch eine mangelhafte vorausschauende Personalplanung des Landes, damals wie heute.

Wir haben zu keinem Zeitpunkt derartige Entwicklungen tatenlos zur Kenntnis genommen. Im Gegenteil: Wir haben unter dem Slogan: „Junge Lehrer braucht das Land“ Ende der 90er Jahre eine breit angelegte Werbeaktion zur Nachwuchsgewinnung durchgeführt, an der sich zu unserem Bedauern das Kultusministerium nicht beteiligen wollte. Umso größer ist nunmehr unsere Genugtuung, dass das Ministerium jetzt – wenn auch Jahre zu spät – mit einem fast wortgleichen Flyer: „Gute Lehrkräfte braucht das Land“ in die Nachwuchswerbung für den Lehrerberuf eingestiegen ist. Man freut sich doch, wenn man so viel Lerneifer sieht.

Hinsichtlich der Unterrichtsversorgung blicken wir jetzt hoffnungsvoll in die Zukunft: Alle Parteien haben im Wahlkampf versichert, sie wollen vollen Unterricht garantieren oder es zumindest versuchen. Doch das wird kurzfristig gar nicht so leicht sein. Wie auch immer das Problem gelöst werden soll, über eines kann es nach der Niederlage des Landes vor dem OVG Lüneburg keinerlei Zweifel geben, will man nicht in einen neuen Arbeitszeitprozess hineinschlittern: Arbeitszeiterhöhungen kann es darf es nicht geben!

Lehrerarbeitszeit große Hypothek der bisherigen Landesregierung

Insgesamt ist die Arbeitszeit der Lehrer eine der schwersten Hypotheken, die die bisherige Landesregierung hinterlassen hat. Dies gilt insbesondere für die Arbeitszeit der Gymnasiallehrer, die, das haben alle Untersuchungen zweifelsfrei erwiesen, die höchste Arbeitszeit unter allen Lehrern des Landes haben.

Und auch ein Blick in die Geschichte belegt, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Während im öffentlichen Dienst die Arbeitszeit von den 50er Jahren bis jetzt von 54 Stunden auf 40 Stunden verringert wurde, wurde die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer im gleichen Zeitraum nur von 25 Stunden auf 23,5 Stunden gesenkt – ein krasses Missverhältnis. Dass die Landesregierung trotzdem im Sommer 2013 beschlossen hat, die Pflichtstundenzahl der Gymnasiallehrer zu erhöhen zeigt, dass dieser Beschluss jeglicher sachlichen Grundlage entbehrte und nur als bewusster Affront gegen die Gymnasiallehrer verstanden werden konnte.

Mit der uns eigenen Hartnäckigkeit und Ausdauer haben wir uns dagegen zur Wehr gesetzt, zunächst in politischen Gesprächen, dann mit einer großen Demonstration von über 10.000 Lehrern in Hannover, und als sich das Land als beratungsresistent erwies, mit einer Klage vor dem OVG Lüneburg – mit Erfolg, wie allgemein bekannt: Denn das Gericht kippte die vom Ministerium verordnete Erhöhung als willkürlich und damit rechtswidrig und stellte den bisherigen Zustand wieder her.

Doch wir wissen: Der Kampf um eine gerechte Arbeitszeit geht weiter, mindestens so lange, bis die für niedersächsische Beamte gesetzlich vorgeschriebene 40-Stunden-Woche endlich auch für Lehrer umgesetzt wird. Unsere Forderungen sind klar:

- Senkung der Unterrichtsverpflichtung
- Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben und Funktionen
- Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen zur täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeit
- Wiedereinführung der von der jetzigen Landesregierung wortbrüchig gestrichenen Altersermäßigung.

Wir erwarten von der neuen Landesregierung endlich die Umsetzung der 40-Stunden-Woche auch für uns Lehrer, und sollten politische Gespräche erfolglos bleiben, werden wir zur Durchsetzung dieses Rechtsanspruchs – dazu sind unsere Mitglieder entschlossen – wieder den Rechtsweg beschreiten.

Meine Damen und Herren, wir haben zurückgeblickt auf Aufgaben und Herausforderungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, vor die das Gymnasium gestellt war und die es meistern musste. Dabei hat es seinen Kern, seine Mitte bewahrt und ist nicht sog. „modernen" Trends blindlings gefolgt, hat aber gleichzeitig eine bemerkenswerte Wandlungsfähigkeit bewiesen. Hierzu hat der Philologenverband in seiner 70-jährigen Geschichte seinen Beitrag geleistet.

Auch künftig werden wir, ganz im Sinne unseres Mottos, unsere Verantwortung für ein leistungsfähiges Schulwesen mit einem starken Gymnasium wahrnehmen, um unseren Schülern auch weiterhin eine vertiefte Allgemeinbildung und Studierfähigkeit zu vermitteln, damit sie ihren Bildungsweg in einer Hochschule oder einer anspruchsvollen Berufsausbildung mit Erfolg fortsetzen können.

Rot-Schwarz macht Ernst, in Niedersachsen haben die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU begonnen, noch im November soll eine neue Regierung gebildet werden. Wir erwarten, lassen Sie mich das deutlich sagen, von der neuen Landesregierung einen durchgreifenden Kurswechsel in der Bildungspolitik und keine faulen Kompromisse; es muss Schluss sein mit einer Bildungspolitik, die keine Probleme löst, sondern ständig neue Probleme schafft. In einem zukunftsorientierten Schulwesen, das Niedersachsen voranbringen soll, darf über das Fördern nicht das Fordern vergessen werden.

Alles in allem können wir heute, so möchte ich abschließend feststellen, mit Stolz auf die 70 Jahre unserer Arbeit und unseres Einsatzes für das Gymnasium zurückblicken. Wir wissen, dass noch viel Arbeit vor uns liegt und wir nicht in allem so erfolgreich waren, wie wir uns das im Sinne einer leistungsfähigen Schule für Niedersachsen wünschten; doch unsere Bilanz kann sich insgesamt sehen lassen: Wir haben vieles erreicht, wir haben manches verhindern oder Korrekturen durchsetzen können. Wir haben damit, so meinen wir, der Schule in Niedersachsen, unseren Schülerinnen und Schülern und auch dem Gemeinwesen gedient.

An dieser Stelle gebührt allen Mitgliedern und Funktionsträgern unser Dank für die geleistete Arbeit, besonders den Vorsitzenden des Philologenverbandes Niedersachsen, in historischer Reihenfolge: Dr. Kurt Heißenbüttel, Dr. Wolfgang Fornaschon, Dr. Achim Block, Roland Neßler und Guillermo Spreckels: Ohne sie und alle, die sich ebenso engagiert und tatkräftig eingesetzt haben, ohne unsere zahlreichen Partner und Wegbegleiter, wäre unser Einsatz nicht so erfolgreich verlaufen. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen: für ein leistungsfähiges Schulwesen in Niedersachsen, für ein starkes Gymnasium.

Das „SYBAB", Jazzensemble der Kreismusikschule Goslar:
Lydia Labuhn, Saxophon | Frederik Hädrich, Bass | Arne Rilling, Schlagzeug | Leitung und Klavier: Jaroslaw Bartoszek

40-Stunden-Woche auch für Lehrer sicherstellen!

Vorrangige Senkung der Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer

Resolution der Vertreterversammlung 2017, beschlossen am 7. November 2017

Die Vertreterversammlung 2017 des Philologenverbandes Niedersachsen nimmt die Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU zur Bildung einer neuen Landesregierung zum Anlass, die Koalitionäre aufzufordern, nach den jahrelangen Versäumnissen von Rot-Grün ihre Fürsorgepflicht für die niedersächsischen Lehrerinnen und Lehrer wahrzunehmen und insgesamt ihrer Verpflichtung und Verantwortung, für eine rechtskonforme Arbeitszeit in Niedersachsen auch für Lehrer zu sorgen, nachzukommen.

Die Delegierten erinnern daran, dass die Arbeitszeit der niedersächsischen Beamten nach § 60 (1) NBG im Jahresdurchschnitt 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf. Diese Rechtsvorschrift gilt auch für Lehrer. Die Landesregierung hat daher die Pflicht, dem Beamtengesetz entsprechend auch für alle Lehrkräfte im Jahresdurchschnitt die 40-Stunden-Woche sowie die Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes und der Arbeitszeitverordnung für Beamte sicherstellen, die bisher sträflich vernachlässigt worden sind. Nach diesen Bestimmungen sind sowohl für den einzelnen Tag als auch für die Woche die Höchstgrenzen bei der Arbeitszeit sowie Mindest-Ruhezeiten – auch an Wochenenden und Feiertagen – festgelegt.

Die Delegierten fordern, den offensichtlichen bisherigen Verstößen gegen die genannten Rechtsbestimmungen schnell und unbürokratisch entgegenzuwirken und insbesondere umgehend dort rechtskonformes Handeln vorzusehen, wo es besonders dringend geboten ist, wenn nicht weiterhin die Fürsorgepflicht verletzt und gesundheitliche Schäden der Lehrkräfte weiterhin bewusst in Kauf genommen werden sollen.

Die Vertreterversammlung begrüßt daher Bestrebungen, erste Maßnahmen vorzusehen, die Pflichtstundenzahl von Lehrergruppen zu mindern; dabei ist es sachgerecht und unabdingbar, dass zunächst diejenige Lehrergruppe vorrangig Berücksichtigung findet, die ausweislich aller bisherigen Arbeitszeituntersuchungen die höchste Arbeitszeit hat. Das sind zweifelsfrei und nachweislich die Lehrkräfte an Gymnasien, da die Gymnasiallehrer – auch unter Berücksichtigung der unterrichtsfreien Zeiten – im Jahresdurchschnitt eine wöchentliche Arbeitszeit von weit über 40 Stunden haben. Die Lehrkräfte an Gymnasien würden es daher als einen nicht hinnehmbaren Affront verstehen, wenn weiterhin und wiederum in sachwidriger Gleichsetzung von Unterrichtsverpflichtung und Arbeitszeit die Lehrkräfte an Gymnasien benachteiligt werden sollten. Dies würde in gravierendem Widerspruch zur gesetzlich festgelegten 40-Stunden-Woche für alle Beamten stehen und einer gerichtlichen Überprüfung erneut nicht standhalten.

Insgesamt fordern die Delegierten die neue Landesregierung auf, Arbeitszeitbedingungen für die niedersächsischen Lehrkräfte zu schaffen, die den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und die dazu beitragen, verlorengegangenes Vertrauen der Lehrer in die Politik wiederherzustellen. Ansonsten ist zu befürchten, dass der von der rot-grünen Landesregierung geschaffene schwere Konflikt ein Dauerkonflikt bleibt.

Digitalisierung – Auswirkungen auf Unterricht und Erziehung am Gymnasium

Resolution der Vertreterversammlung 2017, beschlossen am 7. November 2017

Über 700 Anträge wurden von den Delegierten diskutiert und verabschiedet

Bildung und Ausbildung stehen im Zeitalter der Digitalisierung vor ganz neuen Herausforderungen. Die KMK hat das Ziel gesetzt, „dass möglichst bis 2021 jede Schülerin und jeder Schüler jederzeit, wenn es aus pädagogischer Sicht im Unterrichtsverlauf sinnvoll ist, eine digitale Lernumgebung und einen Zugang zum Internet nutzen können sollte“. Nach Auffassung der Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen stellen sich damit auch für die Gymnasien ganz neue Aufgaben, und wichtige Fragen sind zu klären, bevor man zu verbindlichen und abschließenden Aussagen gelangen kann.

Dazu stellt die Vertreterversammlung fest, dass der Umgang mit Computer und Internet mittlerweile neben Lesen, Schreiben und Rechnen zur vierten, unverzichtbaren Kulturtechnik geworden ist. Die junge Generation wächst mit großer Selbstverständlichkeit in eine von Internet, Handy und Computer geprägte digitalisierte Lernwelt hinein. Allein schon daraus erwächst den Schulen die pädagogisch-didaktische Aufgabe, diese neuen Technologien sinnvoll und systematisch, dem gymnasialem Bildungsauftrag entsprechend, in Unterrichtskonzepte zu integrieren und dabei ihre Chancen zu nutzen, aber auch die damit verbundenen Risiken aufzuzeigen und deren Grenzen zu erkennen.

Demnach, so bekräftigen die Delegierten, kann es nicht vordergründig darum gehen, die Zahl der PCs, Tablets, Smartphones etc. in den Schulen zu erhöhen. Vielmehr ist vorher die Frage zu klären, welche Bildungsziele erreicht und welche Inhalte mit welchen Methoden vermittelt werden sollen. Erst auf der Grundlage dieser Zielbestimmung kann man entscheiden, in welchem Rahmen digitale Technologien für den angestrebten Bildungserwerb nützlich bzw. erforderlich sind, um ein Mehr an Bildung zu erreichen.

Grundlegende Forderungen an digitales Lernen unterschieden sich deshalb keineswegs von Bildungszielen einer „prädigitalen“ Zeit. Um angesichts der rasanten Entwicklungen nicht zu Fehlentscheidungen zu kommen, ist es unverzichtbar, sich auch hier auf Grundlagen des gymnasialen Bildungsauftrags und Grundsätze des wissenschaftspropädeutischen Unterrichts zu besinnen. Auf keinen Fall dürfen die neuen Technologien dazu führen, dass in der Schule auf fundiertes Grundlagenwissen und Können verzichtet wird.

Die Vertreterversammlung betont, dass für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht eine gute mediale Ausstattung der Schulen sowie sichere und stabile Netzwerkstrukturen als unabdingbare Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Ein ebenso großes Problem sehen die Delegierten in der fehlenden technischen Betreuung. Eine hochwertige IT-Ausstattung und der Einsatz digitaler Medien können jedoch nur funktionieren, wenn dazu in den Schulen eine sach- und fachgerechte Betreuung der Medien durch professionelles Personal vorhanden ist.

Die Vertreterversammlung fordert daher Land und Schulträger auf,

- für die erforderliche IT-Ausstattung der Schulen und der Lehrkräfte Sorge zu tragen (u. a. für einen GigaBIT-Anschluss für alle Schulen, ein WLAN-Netz, das freien Zugang zum Internet bietet und die hohen Anforderungen hinsichtlich Datenschutz, hochdynamischer Nutzerbewegungen und –dichte erfüllt)
- sicherzustellen, dass jede Schule – unabhängig von der pädagogischen Betreuung durch Lehrkräfte – einen professionellen und im erforderlichen Zeitumfang zur Verfügung stehenden technischen Betreuer der Medien erhält
- für eine umfassende Lehrerfortbildung zu sorgen
- den erheblich höheren Zeitaufwand für die Erarbeitung und den Einsatz digital aufbereiteter Unterrichtseinheiten bei der Arbeitszeit der Lehrkräfte im erforderlichen Umfang zu berücksichtigen.

Die Vertreterversammlung unterstreicht, dass die den Schulen in Bezug auf die Digitalisierung neu gestellten Aufgaben ohne Erfüllung dieser Forderungen nicht zu leisten sein werden.

Mahnungen und Forderungen an die Koalitionäre von SPD und CDU

Resolution der Vertreterversammlung 2017, beschlossen am 7. November 2017

Die Vertreterversammlung 2017 des Philologenverbandes Niedersachsen wendet sich mit einem eindringlichen Appell an die Koalitionäre von SPD und CDU, in der Schul- und Bildungspolitik einen durchgreifenden Kurswechsel vorzunehmen und ihre selbst erklärten Zielsetzungen ernst zu nehmen, Niedersachsen voranbringen zu wollen.

Die Delegierten unterstreichen, dass der von Rot-Grün durch Senkung der schulischen Anforderungen gezielt betriebene Leistungsabbau umgehend beendet werden und in allen Schulformen eine Form von Bildung wieder hergestellt werden muss, die das Land seinen Schülerinnen und Schülern schuldet.

Bei den Koalitionsverhandlungen um eine leistungsfähige Schule ist es daher erforderlich, sich nicht von dem vielfach zitierten Satz leiten zu lassen, dass es in der Schulpolitik nicht um Schulstrukturen gehe. Die Schulstruktur eines Schulwesens und die Unterrichtsorganisation sind nach Auffassung der Delegierten keineswegs zweitrangig, denn der Bildungserfolg hängt erwiesenermaßen auch und nicht zuletzt von der Schulstruktur, von der Organisation und dem ministeriell vorgegebenen Anspruchsniveau ab.

Um ihrem Appell Nachdruck zu verleihen und die dringende Notwendigkeit von Veränderungen zu unterstreichen, erinnern die Delegierten daran, dass von der bisherigen Landesregierung u.a.

- die verbindliche Notengebung in der Grundschule abgeschafft wurde,
- die Schullaufbahnempfehlung nach der Grundschule gestrichen wurde, was zeigt, dass das Land für den Besuch des Gymnasiums keine besondere Eignung mehr für erforderlich hielt,
- die Versetzung nach Klasse 5 und 6 der Oberschule abgeschafft wurde bzw. nicht mehr vorgeschrieben ist, auch im Gymnasialzweig,
- die Inklusion übereilt und ohne hinreichende organisatorische und personelle Grundlegungen eher aus ideologischen als aus sachlichen Gründen eingeführt wurde,
- Förderschulen zugleich gegen den Widerstand der Eltern bereits abgeschafft wurden bzw. abgeschafft werden sollten,
- die Verpflichtung zur zweiten Fremdsprache in der Einführungsphase des Gymnasiums abgeschafft und auch mit weiteren Änderungen von Vorschriften für die gymnasiale Oberstufe der Leistungsabbau vorangetrieben wurde,
- die Anforderungen an die Fachhochschulreife deutlich herabgesetzt wurden.

Ein voll besetztes Plenum bei der Vertreterversammlung im Tagungszentrum „Der Achtermann“

Die Delegierten appellieren daher an die Koalitionäre, diese und andere Fehlentwicklungen umgehend zu korrigieren, um im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie der Gesellschaft eine bestmögliche Bildung mit hohem Anspruch zu gewährleisten. Zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit unserer Schulen ist es erforderlich, dass

- Grundlage für alle Lernprozesse Inhalte und eine solide Wissensvermittlung sind und die alleinige Ausrichtung des Unterrichts auf sog. Kompetenzerwerb aufgegeben wird,
- im Gymnasium die Kürzungen in den MINT-Fächern – im Vergleich zum früheren G9 – wieder zurückgenommen werden,
- in der Einführungsphase eine zweite Fremdsprache für alle Schüler wieder verbindlich gemacht wird,
- in der Oberstufe die Kürzung der Zahl der Klausuren sowie die Einführung einer Präsentationsprüfung zurückgenommen werden,
- Schulnoten und Versetzungen erhalten bzw. wieder eingeführt werden,
- an den Grundschulen wieder eine aussagkräftige Laufbahnempfehlung nach Klasse 4 erfolgt,
- in der Grundschule das unsägliche „Schreiben nach Gehör“ beendet wird.

Schulstrukturen und Lehrerbildung sind seit jeher aufeinander bezogen. Wer die Lehrerbildung verändert, der will Organisation und Struktur des Schulwesens verändern. Wer demnach die Lehrerbildung ändern und eine Stufenlehrerausbildung einführen will, der will auch die Schulstrukturen dementsprechend verändern. Diese Zielsetzungen lehnt die Vertreterversammlung ausdrücklich ab und fordert von den Koalitionären ein klares und unmissverständliches Bekenntnis zu einer Lehrerbildung nach Schulformen und damit insbesondere auch eine eigenständige gymnasiale Lehrerausbildung.

Dringende Korrekturen sind nach Auffassung der Delegierten bei der Inklusion notwendig. Nicht wenige behinderte Schülerinnen und Schüler erhalten bei einem inklusiven Unterricht nicht die für sie unerlässliche spezifische Unterstützung und Förderung – ein bedrückender und alarmierender Sachverhalt gleichermaßen. Die Vertreterversammlung mahnt als unantastbares Grundprinzip ausdrücklich an, dass oberste Priorität bei allen Maßnahmen das Kindeswohl sein muss – so, wie es auch die UN-Konvention verlangt. Dafür ist es unerlässlich, dass neben einer inklusiven Beschulung zumindest auch wieder die uneingeschränkte Betreuung in Förderschulen vorgesehen wird.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine leistungsfähige Schule ist zudem – neben den vorgenannten Maßnahmen – eine gute Unterrichtsversorgung, denn das Unterrichtsfehl gefährdet, wie derzeit deutlich wird, die Erfüllung des Bildungsauftrages aller Schulformen und wirkt sich nachteilig auf Schülerinnen und Schüler aus. Die Delegierten erwarten daher, dass die von SPD und CDU gemachten Zusagen, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen, eingehalten werden. Mit Nachdruck unterstreicht die Vertreterversammlung, dass es dazu Arbeitszeiterhöhungen zu Lasten der Lehrkräfte nicht geben darf.

Die Delegierten erwarten zudem von der neuen Landesregierung, dass die längst überfällige Umsetzung der für alle Beamten gesetzlich vorgeschriebenen 40-Stunden-Woche auch für alle Lehrkräfte ganz vorn auf der Tagesordnung der neuen Koalition steht. Auf diesem Feld ist die bisherige Landesregierung bisher gänzlich untätig geblieben und hat sich – gegen alle Rechtsvorschriften – um ihre Verantwortung gedrückt. Bei der rechtlich erforderlichen Senkung der Lehrerarbeitszeit ist es unerlässlich, dass vorrangig die Pflichtstundenzahl der Lehrergruppe gesenkt wird, die ausweislich aller Untersuchungen die höchste Arbeitszeit hat. Daher ist eine umgehende Senkung zunächst der Pflichtstundenzahl der Gymnasiallehrer als der Lehrergruppe mit der bei weitem höchsten Arbeitszeit sachgerecht und dringend erforderlich.

In diesem Zusammenhang fordert die Vertreterversammlung auch die Wiedereinführung der von der bisherigen Landesregierung wortbrüchig gestrichenen Altersermäßigung. Insgesamt sind bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte dringend erforderlich, wenn der Lehrerberuf gegenüber der Wirtschaft wieder konkurrenzfähig werden und junge Menschen für diesen Beruf gewonnen werden sollen.

Signierstunde mit Josef Kraus

Festredner Josef Kraus signierte sein neues Buch „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt: Und was Eltern jetzt wissen müssen“. Allen Delegierten wurde ein ein Exemplar – quasi als „Geburtstagsgeschenk“ – anlässlich von 70 Jahren Philologenverband Niedersachsen überreicht, denn der PhVN hat aus diesem Anlass mehrere hundert Exemplare gekauft.

Die Festrede des langjährigen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands (DL) zum Philologentag 2017 lesen Sie in der nächsten Ausgabe von „Gymnasium in Niedersachsen“.

Pädagoge sein heute: Anregungen und Impulse zur Lehrergesundheit

Von Peter Maier

Eine unvergessliche Lehrerkonferenz

Lehrerkonferenz Februar 1995. Soeben mussten drei Lehrkräfte meines Kollegiums in Frühpension gehen – im Alter von 49, 50 und 51 Jahren. Auf Nachfrage konnte ich erfahren, dass es in allen drei Fällen um Erschöpfung und Burnout ging. Das erschreckte mich. Denn auch ich hatte besonders in Mittelstufenklassen mit hohem Jungen-Anteil immer wieder große Schwierigkeiten, mich durchzusetzen und einen geordneten Unterricht zu halten.

Daher stand ich gegen Ende jener Halbjahres-Konferenz auf und sagte vor über 70 Kolleginnen und Kollegen sinngemäß folgendes: „Nun bin ich seit 14 Jahren Lehrer. Ich weiß, wie Schule läuft und Unterricht geht. Ich habe großen Respekt vor den Kollegen, die bereits 10 oder 20 Jahre länger unterrichten als ich. Wenn das nun aber noch 25 Jahre bis zu meiner Pensionierung so weitergehen soll wie bisher, dann muss ich befürchten, sehr bald ein Burnout zu bekommen.“ Dann setzte ich mich wieder hin. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass danach betretenes Schweigen herrschte – vielleicht deshalb, weil ich mit meiner ehrlichen Aussage soeben einen Finger in die Wunde unseres Lehrerberufs gelegt hatte.

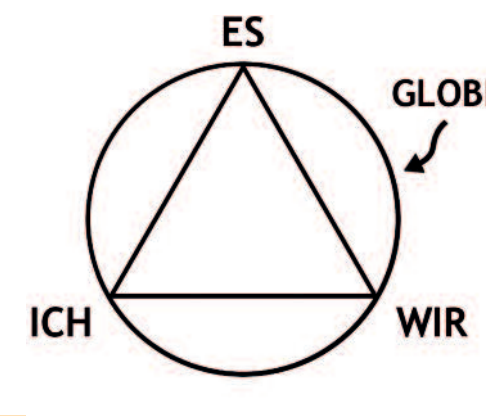
Ein TZI-Kurs bringt für mich die Wende

Als erste Gegenmaßnahme erschien mir ein Anti-Burnout-Kurs in der bayerischen Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen sehr geeignet. Da dieses Seminar jedoch ausgebucht war, belegte ich einen Wochen-Kurs für Themenzentrierte Interaktion“ (TZI) mit dem Titel „Autorität als Lehrer – Übel oder Notwendigkeit?“. Dieser Kurs hatte mehrere nachhaltige Wirkungen und Folgen für mich:

- Ich durfte in offenen Gesprächen fern meines Schulalltags erfahren, dass ich mit meinen Schulproblemen nicht alleine war. Das war sehr entlastend. Das Thema des Kurses berührte zudem genau die Autoritätsschwierigkeiten, die ich offensichtlich immer wieder mit Jungen-Klassen hatte.
- Da die meisten der 30 Teilnehmer aus Grund- und Förderschulen kamen, konnte ich in den praktischen Übungen in Kleingruppen viel über pädagogisch-didaktische Ansätze erfahren, die mir als Gymnasiallehrer bis dahin unbekannt waren. Dies war eine Bereicherung für mich. Vor allem wurde mir dabei die Bedeutung des Grundsatzes „Erziehung durch Beziehung“ noch viel mehr bewusst. Auch wenn es am Gymnasium viel um Wissensvermittlung in den einzelnen Fächern geht, so sind das „Publikum“ dennoch Kinder und Jugendliche, also lebendige junge Menschen in ihrer Entwicklung. Dieser Aspekt des Lehrerberufs kommt am Gymnasium häufig noch immer viel zu kurz.
- Schließlich kam ich zum ersten Mal mit dem pädagogischen „Modell der dynamischen Balance“ von Ruth Cohn in Berührung, das mir erst die Augen für tiefere Zusammenhänge beim Lehren und Lernen öffnete und mir einen völligen neuen Blick auf mein Wirken als Lehrer im Klassenzimmer bot.
- In den folgenden Jahren konzipierte ich viele Stunden nach diesem Modell. Dadurch wurde mein Unterricht abwechslungsreicher, methodisch vielfältiger und insgesamt lebendiger. Ich nahm immer mehr Abstand von einem rein lehrerzentrierten Unterricht, meine Schüler wurden nun viel aktiver mit einbezogen.
- Schon nach dem ersten TZI-Kurs entschied ich mich, die umfangreiche, berufsbegleitende Ausbildung zum „Gruppenleiter in TZI“ zu machen, die insgesamt 21 Wochenkurse umfasste und fast sieben Jahre dauerte. Diese Ausbildung wird heute vom Ruth-Cohn-Institut angeboten.

Das TZI-Modell der dynamischen Balance

Da mir dieses TZI-Modell nach wie vor als sehr geeignet und hilfreich für die Tätigkeit als Lehrer erscheint, soll es im Folgenden kurz vorgestellt werden:



Dieses Modell verortet den Lehr- und Lernprozess in vier gleich wichtigen Aspekten:

- Das ICH, das sowohl das Lehrer-Ich als auch das Ich jedes einzelnen Schülers meint, macht deutlich, dass es während des Unterrichts Schüler und Lehrer gut gehen muss, wenn dieser auf Dauer gelingen soll.
- Mit dem WIR sind sowohl die Gesamtheit der ganzen Klasse, die Mitglieder einzelner Gruppen oder Cliquen in der Klasse, aber auch die Gemeinschaft aus Lehrer und Schülern gemeint.
- Das ES bedeutet den Inhalt des Unterrichts – also den Stoff und die Kompetenzen, die gemäß dem Lehrplan vermittelt werden sollen.
- Schließlich umfasst der sogenannte „GLOBE“ alle Strukturen, Bedingungen und das Umfeld, in denen der Unterricht stattfinden soll.

Dabei ist zu beachten, dass diese vier Aspekte des Unterrichts nicht statisch gesehen werden dürfen, sondern sich

vielmehr in einem dynamischen Miteinander wie in einem schwingenden System befinden. Mal steht die pure Stoffvermittlung (das ES) im Fokus, ein anderes Mal muss zuerst die Ich-Wir-Beziehung zwischen Lehrern und Schülern geklärt oder neu bestimmt werden, damit die Schüler bereit sind, überhaupt neues Wissen aufzunehmen. Wenn es größere Beziehungsstörungen gibt, kann man als Lehrer aufhören zu unterrichten. Dann sollte alles unternommen werden, zunächst das Lehrer-Schüler-Verhältnis zu verbessern. Nicht umsonst hat Ruth Cohn den Slogan „Störungen haben Vorrang“ als eines ihrer bekanntesten Postulate ausgegeben.

Wieder ein anderes Mal muss sich der Lehrer zuerst um eine Verbesserung der „Globe-Bedingungen“ kümmern – etwa, wenn Außenlärm den Unterricht zu sehr beeinträchtigt, die Sitzordnung nicht passt oder wenn Schüler nach einer Schulaufgabe größere Pausen brauchen usw. Auch dies hat die erfahrene Psychologin und Pädagogin im Blick gehabt, wenn sie das Postulat „Wer den Globe nicht achtet, den frisst er“ aufgestellt hat. Denn gerade in schlechten Strukturbedingungen und in konfliktgeladenen Lehrer-Schüler-Verhältnissen sind Hauptursachen für Erschöpfung und Burnout beim Lehrer und schlechte Stimmung und Blockaden bei den Schülern zu finden.

Fazit: Meine pädagogische Ausbildung, die ich durchaus als akzeptabel bezeichnen würde, hatte fast ausschließlich den Schwerpunkt auf die Stoffvermittlung gelegt, also auf den Aspekt ICH-ES, um im TZI-Modell zu bleiben. Beinahe unberücksichtigt blieben dabei die entscheidende Bedeutung der Schüler-Lehrer-Beziehung (ICH-WIR), die Wichtigkeit des Lernumfeldes (GLOBE), sowie die Beachtung der Lehrersituation beim Unterrichten (das Lehrer-ICH). Leider werden diese Aspekte auch in der heutigen Referendarausbildung immer noch viel zu wenig ernst genommen. Sie sind – über einen längeren Zeitraum betrachtet – sehr entscheidend für die psychische Stabilität des Lehrers und für die Erhaltung der Lehrergesundheit. Zudem stellt dieser Ansatz der dynamischen Balance ein sehr erprobtes supervisorisches Modell dar, das zum Selbstmanagement des Lehrers geeignet ist und einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung und Entspannung beim Lehrer liefern kann.

Supervision – Hilfe zur Selbsthilfe

Nach Ende der TZI-Ausbildung, die auch einen Wochenkurs in Supervision umfasste, wusste ich sofort, dass ich eine weitere Ausbildung machen wollte – die zum Supervisor. Gerade in Lehrerkreisen bestehen Vorurteile gegenüber Supervision, die in der sozialen Arbeit als Maßnahme zur Psychohygiene weit verbreitet ist. Im Sport und in der Wirtschaft hat die Supervision in ihrer verwandten Form des „Coachings“ eine lange und letztlich erfolgreiche Tradition.

Es ist ein großer Irrtum zu meinen, Supervision wäre gerade für Gymnasiallehrer ungeeignet oder unnötig, weil es doch in dieser Schulart vor allem um wissenschaftliches Arbeiten gehe. Welche Illusion! Denn diese Ansicht ignoriert das zweite Bildungsziel der Schule: die Begleitung der Schüler bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung, Charakterbildung und Werteerziehung – durch die Pubertät, hin zur Adoleszenz und zum Erwachsenwerden (Initiation).

Gerade in Pubertätsklassen geht es oft in erster Linie um ganz andere Fragen und Themen als um die Aufnahme von bloßem Wissen oder um die Digitalisierung des Unterrichts. Schüler sind eben keine Roboter, Lehrer keine bloßen Wissensvermittler oder nur noch individuelle Lernbegleiter. Sie sollten vielmehr Mentoren und Vorbilder sein, die ihren Schülern Orientierung geben und ihnen, wenn nötig, Leitplanken und Grenzen setzen; aber auch Psychologen und Seelsorger sollen sie sein, wenn ein Angehöriger oder ein geliebtes Haustier gestorben ist, die Eltern sich gerade getrennt haben, eine Beziehung zerbrochen ist oder sich schulischer Misserfolg eingestellt hat.

Das alles kann im schulischen Alltag für den Lehrer zu viel werden, und hier liegen – neben einem streng getakteten Stundenplan – häufig Gründe für ein Burnout: in der Überforderung des Lehrers, von dem von der Gesellschaft ganz selbstverständlich erwartet wird, dass er viele psychologische und soziale Aufgaben übernimmt, denen sich die meist berufstätigen Eltern gar nicht mehr gewachsen fühlen oder die sie bereitwillig auf die Lehrer ihrer Kinder abwälzen wollen.

Supervision – eine große Chance

An dieser Stelle könnte die Supervisions-Arbeit greifen. Der Begriff „Supervision“ kommt von den lateinischen Wörtern „super“ und „visere“ und könnte mit „etwas überschauen, etwas überblicken“ übersetzt werden. Bildlich gesprochen könnte man es so ausdrücken: Jemand steigt auf einen Berg, von dem aus er einen besseren Überblick über die weiter unten liegende Landschaft hat. Angewandt auf die Situation des Unterrichts könnte dies bedeuten: In der Supervisions-Arbeit können für den Lehrer Beziehungen und Strukturen, sowie Blockaden und die Ursachen von Stressquellen klarer sichtbar werden, die im oft stressigen Schulalltag leicht zu übersehen sind.

In der Praxis läuft etwa eine Supervision so ab: Eine Gruppe von Lehrern trifft sich mit einem (ausgebildeten) Supervisor. Die Zeit der Sitzung sollte etwa 90 bis 120 Minuten betragen. Nach einer Befindlichkeitsrunde wird angefragt, welcher der Teilnehmer einen Fall aus der Praxis vorbringen möchte, zu dem er sich Lösungen oder Verbesserungen erhofft. Realistischer Weise können pro Sitzung nur etwa zwei solche Fälle behandelt werden. Natürlich gilt in der Gruppe Schweigepflicht.

Meist genügen etwa 10 Minuten, um einen Fall vorzustellen. Unter der Leitung des Supervisors bringt anschließend jeder der Teilnehmer seine Meinung zu dem Fall vor. Da es sich bei den Lehrern ja ausnahmslos um „Experten für Pädagogik“ mit meist langjähriger Erfahrung handelt, sind fast immer einige Antworten dabei, die der Fallgeber gut für sein Problem brauchen kann. Die einzig wirkliche Voraussetzung, die die Teilnehmer für die Supervision mitbringen müssen, ist ihre Offenheit, über Probleme aus dem Schulalltag bereitwillig vor den Anderen Auskunft zu geben.

Das erfordert sicher Vertrauen und einigen Mut. Jedoch liegt bei uns Lehrern oft hier das eigentliche Problem: Weil wir im Klassenzimmer letztlich alle „Einzelkämpfer“ sind, sind wir es nicht gewohnt, vor anderen über unsere schulischen Probleme offen zu sprechen. Genau hierin liegt aber auch eine große Chance und meist schon die Lösung nach dem Motto:

„Wer wagt, gewinnt!“ Denn wer sich öffnet und sein Problem preisgibt, erfährt in der Regel viel Solidarität und Anteilnahme von den Kollegen und meist auch sehr praktische Lösungstipps für den eingebrachten Fall.

Für viele Teilnehmer von Supervisionsgruppen ist es zudem eine sehr erleichternde Erfahrung, endlich aus der Isolation ihres Klassenzimmers herauszukommen und mit Kollegen in professioneller Weise und in einem geschützten Rahmen über belastende Probleme aus dem Schulalltag sprechen zu können. Bei Sozialpädagogen ist diese Art von Supervisions-Arbeit seit Jahrzehnten selbstverständlich. In diesem Arbeitsfeld ist es kollektives Wissen, dass „Beziehungsarbeit“ anstrengend ist und schnell zum Ausbrennen führen kann. Ist es ein Dünkel von uns (Gymnasial)Lehrern zu meinen, dass wir nur Wissensvermittler seien, die nichts mit Beziehungsarbeit zu tun hätten?

Fazit: Ich persönlich habe mit Supervision bisher sehr gute Erfahrungen gemacht: Als junger Pädagoge habe ich selbst in Supervisionsgruppen viel Hilfe erfahren. Als ausgebildeter Supervisior durfte ich oft zu einem moderierenden und unterstützenden Begleiter von Kollegen werden. Beide Rollen – die als Supervisand und die als Supervisor – haben zu meiner Lebendigkeit als Pädagoge beigetragen. Supervision müsste noch viel mehr und selbstverständlicher in Lehrerkollegien Einzug halten. Dazu möchte ich Kollegen aller Altersgruppen und aller Schularten Mut machen. Es lohnt! Denn Supervision ist ein adäquates Mittel, die Lehrergesundheit zu fördern und zu erhalten.

Nähere Infos und Buch-Bezug:
www.initiation-erwachsenwerden.de

Tablets am Gymnasium

Von Gerd Brandt

Die „Medialisierung“ der Schule scheint der politische Wille über alle Parteien auch in Niedersachsen zu sein. Die Medienkompetenz ist oder wird in jedem Curriculum der Fächer verankert und mittelfristig soll jeder Schüler an einer weiterführenden Schule mit einem eigenen digitalen Endgerät („Bring your own device“) arbeiten. Als Informatiklehrer sollte ich eigentlich jubeln und alles positiv sehen. Nachdem ich jetzt seit drei Jahren den Tablet-Einsatz ab dem 7. Schuljahr an unserem Gymnasium technisch, als Administrator begleitet habe und begleite, möchte ich meine Sichtweise darstellen.

Dass die digitale Technik aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken ist, wissen wir alle. Klar beobachten wir, hoffentlich kritisch, die übermäßige Nutzung der Smartphones schon im Kindesalter, so lassen sich Schüler einer 6. Klasse für ein eigenes Tablet ab der Klasse 7 schnell begeistern.

Damit der Einsatz der digitalen Medien im Unterricht auch zu einem Erfolg für das Lernen werden kann, sind noch viele offene Frage zu klären. Mir fehlen besonders konkret ausgearbeitete Szenarien und Vorschläge von Expertengruppen aus Informatikern und Pädagogen bzw. Didaktikern zur Einführung an der Schule. Der Projektgedanke hat dann zur Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten der Schule seine Berechtigung. Zur Zeit erfindet jede Schule im eigenen Schulprojekt alles neu. An den Schulen unseres Landes lebt der Erfolg der digitalen Medien von dem Engagement einzelner Kolleginnen und Kollegen, welche viel Zeit in die Wartung der Rechner und in die Beratung von Kolleginnen und Kollegen investieren. Jedes kleine Unternehmen schon mit weniger als 20 Mitarbeitern besitzt hierfür einen eigenen EDV-Experten in Vollzeit.

© dotshock – shutterstock

Die Lehrerschaft

Vom französischen Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry kommt das Zitat: „Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“

Für das Thema der Nutzung der digitalen Medien als ganzheitlichen Ansatz im Unterricht finden sich viele Veröffentlichungen mit Pro und Kontra. Die Lehrerschaft muss als erstes überzeugt werden. Die Grundlagen späterer erfolg-

reicher Arbeit im Studium und Beruf sind grundlegende Fähigkeiten und Denkweisen aus den verschiedenen Fachbereichen. Diese müssen die Schülerinnen und Schüler erst einmal erlernen, bevor ihnen die Möglichkeiten der digitalen Welt helfen können.

Die Kolleginnen und Kollegen müssen in Veranstaltungen mit entsprechenden fachbezogenen Unterrichtssequenzen davon überzeugt werden, dass ein digitales Endgerät einem Schüler einen echten Mehrwert beim Lernen bringt, dann ist eine große Hürde genommen. Danach darf sich die einzelne Kollegin bzw. der einzelne Kollege nicht alleingelassen fühlen, sondern muss durch entsprechende Schulungen auf seinem Anwendungsstand abgeholt werden.

Die Technik

Ich empfehle allen Schulen im Vorfeld mit den Schulträgern entsprechende Absprachen für die technische Ausstattung zu treffen und innerhalb eines Jahres die Ausfallsicherheit der zu nutzenden Technik zu testen. Eine entstehende Frustration im Kollegium bei ausfallender Technik ist nur sehr mühselig wieder abzubauen. Für die Infrastruktur solcher technischen Ausstattungen gibt es viele positive Berichte aus anderen Bundesländern, der Schweiz und auch von Schulen in Niedersachsen, diese gilt es zusammenzuführen. Als Ergebnis stünde eine technische Grundlage, welche sich anpassen und weiterentwickeln ließe.

Für den täglichen schulischen Einsatz ist es wichtig, dass die Geräte eine hohe Bruchsicherheit, eine lange Akku-Laufzeit nicht nur täglich, sondern auch über die Schuljahre aufweisen. Nach einer dreijährigen Testphase mit Geräten, welche über die Schule bezogen wurden, muss ich feststellen, dass hier ein langfristig von der Schule nicht zu leistender Wartungsaufwand entsteht.

Ich denke: „Bring your own device“ ist vom Wartungsaufwand die bessere Alternative. Trotzdem werden sich auch hier wieder engagierte Kolleginnen oder Kollegen für auftretende Computerprobleme einsetzen müssen. Von den Eltern selber angeschaffte Geräte lassen sich weit schwieriger in ein pädagogisches Netz integrieren, als von der Schule geliehene Geräte. Auf den Schulgeräten kann die Schule über die installierte Software entscheiden. Die Zusammenarbeit der Schülerinnen und Schüler und deren Austausch digitaler Arbeitsergebnisse auch mit den Lehrern und die Präsentation der Ergebnisse muss im Unterricht gewährleistet sein. Bitte bedenken Sie auch die auftretenden Prüfungssituationen. Hier muss sichergestellt werden, dass die Schülerinnen und Schüler allein mit den zugelassenen Hilfsmitteln arbeiten und eine Ausfallsicherheit der Geräte über den Zeitraum der Leistungserhebung gegeben ist.

Eine Geräteklasse mit diesen Erfordernissen ist nicht mal schnell im Handel für wenig Geld erworben. Hier müssen Ideen für die Finanzierbarkeit der Geräte durch die Elternhäuser entwickelt und umgesetzt werden.

Mein Fazit

Vor der Nutzung von Tablets oder Notebooks muss in allen Unterrichtsfächern eine einjährige Ausbildung der Schülerinnen und Schüler im Umgang mit der Technik und den Ordnungsstrukturen digitaler Dokumente stehen. Die Integration in den Curricula aller Fächer ersetzt nicht den Informatikunterricht. In den Fächern soll es um fachbezogene Inhalte gehen und nicht um die Sicherstellung funktionierender Geräte der einzelnen Schüler.

Die erwartete landesweite Einführung in allen Schulformen seitens des Kultusministeriums muss durch ein umfassendes Angebot von verpflichtenden Schulungen aller Lehrer begleitet werden. Die Zeit ist schon überreif für die Nutzung digitaler Medien im Unterricht, aber einen guten Fachunterricht seitens der Lehrer werden sie nie ersetzen können.

Der Autor ist Informatiklehrer am Phoenix-Gymnasium Wolfsburg-Vorsfelde und betreut als Schuladministrator das Schüler- und Verwaltungsnetz.

Aus dem Archiv

Die Vertreterversammlungen 1986 und 1996 in der Rückschau

Gegen die Orientierungsstufe und Kaputtsparen der Bildung

Von Cord Wilhelm Kiel

Vor Jahresfrist haben wir in dieser Rubrik auf die Philologentage vor vierzig und fünfzig Jahren zurückgeschaut. Anlässlich von 70 Jahren Philologenverband Niedersachsen wollen wir heute nachschlagen, was Vorstand und Delegierte vor rund zwanzig und rund dreißig Jahren beschäftigt hat. Die Jahre 1986 und 1996 zeigen dabei zwei Themen, die anlässlich unserer diesjährigen Vertreterversammlung immer wieder angesprochen wurden bzw. heute aktueller sind denn je.

1986: Kampf gegen Orientierungsstufe

Die VV vor dreißig Jahren wurde am 3. Dezember 1986 in Lüneburg eröffnet. Es lagen mehr als 550 Anträge zur Beratung vor. „Schon diese außergewöhnlich hohe Zahl von Anträgen würde es rechtfertigen, daß in den Annalen des Philologenverbandes Niedersachsen der Philologentag 1986 eine besondere Kennzeichnung erhielte“, urteilte Roland Neßler, der seinerzeit schon seit einigen Jahren als Vorsit-

Roland Neßler 1996

zender des PhVN fungierte. Motto des Vertretertages war „Erziehung im Gymnasium: Menschenbildung und Studierfähigkeit“, dementsprechend sollte die VV sich mit der erzieherischen Arbeit im Gymnasium beschäftigen. Ein Seitenhieb auf andere Bildungsgewerkschaften, die meinten, vor allem Sozialpolitik betreiben zu müssen, schloss sich an: „Außenstehende haben vielfach den Eindruck, daß Vertreter- und Delegiertentage von Berufsverbänden und Gewerkschaften lediglich der öffentlichen Darstellung berufspolitischer Zielvorstellungen der jeweiligen Berufsgruppe dienen oder daß sie sich mit gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigen, die weit von der jeweils beruflichen Tätigkeit entfernt liegen. Vielfach läßt sich dieser Vorwurf durch den Tagungsverlauf mancher Gewerkschaften und Verbände belegen. Betrachtet man unter diesem Aspekt die der Vertreterversammlung 1986 des Philologenverbandes Niedersachsen eingereichten Anträge, so wird man feststellen, daß nicht die berufspolitischen Probleme im Vordergrund der Diskussion stehen, sondern bildungs- und schulpolitische.“ Der Philologenverband war also schon damals durch lebhafte Orts- und Bezirksverbände charakterisiert, die zahlreiche Anträge einreichten.

Die große Zahl von Anträgen zum Komplex „Orientierungsstufe“ machte deutlich, dass die Mitglieder des Philologenverbandes nicht bereit waren, sich mit diesem – im Rückblick verunglückten und richtigerweise wieder abgeschafften – Einheitsschulversuch mit den Stallgeruch von 70er Jahre-Sozialromantik abzufinden. Der Vorstand wurde aufgefordert, sich für die Abschaffung der Orientierungsstufe einzusetzen bzw. für das Modell einer „schulformabhängigen Orientierungsstufe“ einzutreten. Roland Neßler dazu: „Die Anträge zur Orientierungsstufe sind nicht nur besonders hoch an Zahl, auch ihre Sprache läßt die Ungeduld und den Unmut erkennen, mit denen man die jetzigen Versuche der Landesregierung und der Regierungsparteien beobachtet, das Problem der Orientierungsstufe herunterzuspielen und nur geringfügige Änderungen vorzunehmen. Während vor der Wahl CDU- und F.D.P.-Politiker noch ihre Bereitschaft zu einer Reform der Orientierungsstufe ausdrücklich bekundeten, wird es darum von Tag zu Tag stiller, und es verstärkt sich der Eindruck, daß mancher Bildungspolitiker heute schon sein gestriges Wort reut. [...] Insgesamt sollte mit Aufmerksamkeit vermerkt werden, daß der Philologenverband Niedersachsen nicht bereit ist, sich mit dem jetzigen. Zustand der Orientierungsstufe abzufinden und gar eine Untätigkeit von Landesregierung und Parlament zu tolerieren.“ Noch fast 20 Jahre dauerte diese Untätigkeit – die Leidtragenden waren mehrere Schülergenerationen, welche die OS besuchen mussten.

1996: Deutliche Proteste gegen Sparkurs in der Bildungspolitik

Der Kampf gegen die Orientierungsstufe war auch zehn Jahre später ein wichtiger Aspekt, insgesamt aber sah die Lage 1996, unter der SPD-Alleinregierung des späteren Bundeskanzlers Gerhard Schröder, etwas anders aus: Der damalige Sparkurs in der Bildungspolitik wurde massiv kritisiert. „Investitionen in Bildung notwendig“ – diesen Titel trug die Rede des Vorsitzenden Roland Neßler zur Eröffnung des Philologentages 1996. „Leistungsfähiges Gymnasium sichert Zukunft – Spardiktat gefährdet Bildungsauftrag“ war Titel des Tagungsberichts.

Weiter heißt es dort: „Die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Schulen und die Sparmaßnahmen der Landesregierung standen im Mittelpunkt des Niedersächsischen Philologentages 1996, zu dem am 12. und 13. Dezember über 300 Delegierte sowie Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens nach Goslar gekommen waren. [...] Die Delegierten [...] sprachen sich zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft des Landes nachdrücklich für eine Verbesserung der Bildungsqualität an den Schulen aus. In einer Resolution kritisierten die Delegierten, daß die Leistungsfähigkeit des niedersächsischen Schulwesens seit Jahren durch eine falsche Bildungspolitik systematisch geschwächt werde. Etappen in diesem Prozeß seien u.a. die Einführung der Orientierungsstufe und der Integrierten Gesamtschule, die Verschlechterung der Lehrer/Schüler-Relation im gegliederten Schulwesen und die Streichung von 320 Unterrichtsstunden seit 1990 für jeden Schüler in den Klassen 7 bis 10 des Gymnasiums. Die Delegierten forderten eine konsequente Hinwendung der Schulpolitik zu einer begabungsorientierten individuellen Förderung der Schüler.“

Eine weitere Passage liest sich, als würde sie zumindest zum Teil aus aktuellen Veröffentlichungen stammen – schon 1996 ging es um Niveausenkungen und Schwächung der gymnasialen Inhalte: „Eindringlich forderten die Delegierten den Kultusminister auf, die Versetzung von Klasse 11 in das Kurssystem zu einer echten Qualifikationsschwelle auf dem Weg zum Abitur zu machen. Es sei nicht mehr hinnehmbar, daß Schüler mit mangelhaften Leistungen in drei Fächern, z.B. Mathematik, Englisch und Physik, in die 12. Klasse versetzt werden könnten.“

Bei Nachwahlen wurden im Jahr 1996 Claudia Schumann – heute unter dem Nachnamen Starke unseren Mitgliedern bekannt – und der leider schon vor Jahren verstorbene Oliver Druck als Beisitzer in den Geschäftsführenden Vorstand gewählt. Schumann war seit 1995 Mitglied im Schulhauptpersonalrat und betreute seinerzeit „Gymnasium in Niedersachsen"; Oliver Druck hatte dem Vorstand bereits in seiner Funktion als Vorsitzender der AG der Referendare und Assessoren angehört.

Im Interview

„Die Institution Gymnasium ist etwas hoch Vernünftiges“:
„Man musste außerhalb der Schule etwas dafür tun, dass diese weiterbesteht“

Dr. Achim Block, ehemaliger Vorsitzender des Philologenverbands und MdL a.D., blickt auf 70 Jahre Verbandsgeschichte zurück

Dr. Achim Block, geboren am 28. Februar 1932 in Hannover, ist wohl der einzige Funktionsträger unseres Verbandes, der einen Eintrag bei Wikipedia hat und im Verzeichnis (ehemaliger) Mitglieder des niedersächsischen Landtags ist. Block legte 1951 am Ratsgymnasium in Hannover sein Abitur ab und studierte an den Universitäten Tübingen und Göttingen die Fächer Deutsch, Griechisch und Latein. Nach dem ersten Staatsexamen 1956 und dem zweiten 1958 arbeitete Block als Lehrer am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium (heute Kaiser-Wilhelm- und Ratsgymnasium Hannover) in Hannover. Danach war er von 1969 bis 1977 Oberstudiendirektor des Max-Planck-Gymnasiums in Göttingen. Anschließend war er von 1977 bis zu seiner Wahl in den Landtag 1994 Präsident des Niedersächsischen Landesprüfungsamtes für Lehrämter. Zu seinen Schriften gehören „Medea-Dramen der Weltliteratur“ (1957, Dissertation), „Funken aus Hellas“ (2001) und „Standortproben. Neun politische Vorträge und ein Nachtrag“ (2004).

Vor allem aber ist Dr. Achim Block ein wichtiger Gesprächspartner in diesen Tagen, in denen wir auf 70 Jahre Philologenverband Niedersachsen zurückblicken. Denn Dr. Block ist nicht nur seit fast 60 Jahren selbst Mitglied des PhVN, sondern verfolgt unseren Verband praktisch von Anfang an. Warum dies so ist, verrät er uns – neben vielen anderen interessanten Aspekten aus seinem und dem Verbandsleben – in unserem aktuellen Interview.

Dr. Achim Block, laut „Wikipedia“ sind Sie „Politiker und klassischer Philologe“. Als was würden Sie sich hauptsächlich bezeichnen?
In die Politik habe ich mich eher verleiten lassen. Ich bin von Haus aus Lehrer und besonders begeisterter Lehrer für die Alten Sprachen und Deutsch gewesen. Ich hätte mir anfangs kaum vorstellen können, dass ich einmal so viel Zeit und Kraft in etwas anderes als den eigentlichen Unterricht stecke. Das hat sich aber durch die Forderungen der Umwelt ergeben. Ich bin Kommunalpolitiker in Göttingen und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Göttinger Rat geworden, weil die Schulpolitik dort so gegen die Gymnasien arbeitete. Man musste also außerhalb der Schule etwas dafür tun, dass diese überhaupt noch weiterbesteht! Denn in den 70er Jahren, als ich Schulleiter am Max-Planck-Gymnasium war, gab es den Plan, Gymnasien in Stufenschulen zu zerlegen. Als ich eine Aufforderung bekam, eine Schule in NRW zu leiten, was mich interessierte, weil ein Internat damit verbunden war, habe ich mir das ernsthaft überlegt. Damals sagte man mir sogar im zuständigen Dezernat, ich solle diesen Schritt ruhig wagen, denn meine Schule würde ja „zerlegt“. Daraufhin sagte ich mir, es reicht nicht, wenn Du hier im eigenen Gehäuse bist, Du musst in der politischen Realität die Dinge zu ändern versuchen. Seitdem bin ich „Politiker“, aber nicht aus freiem Willen und Entschluss, sondern aus einer Notlage heraus, weil ich meiner Schule und dem Gymnasium überhaupt nur damit helfen konnte.

Wie haben Sie als Schüler das Gymnasium erlebt?
Meine Schulzeit war – unter heutigen Aspekten gesehen – schrecklich. Wir hatten durch Krieg und Nachkriegszeit keine Kontinuität des Raums. Wir sind vom Ratsgymnasium Hannover, wo ich ja Schüler war, siebenmal umgezogen, nachdem unser Gebäude 1943 zerstört worden war. Die Schulzeit war durch Not geprägt, es gab nur kalte und dunkle Schulräume, weil die Fenster kaputt und nur durch Pappe notdürftig geschlossen waren, es gab keine Schulbücher, nicht einmal eine vernünftige Tafel, an der man mit Kreide schreiben konnte. Die äußeren Umstände waren also erbärmlich, aber die Lehrer haben sich ganz fabelhaft bemüht, aus dieser schrecklichen Umwelt uns gedanklich herauszubringen. Ich bin dennoch gern zur Schule gegangen, auch wegen der vielen Mitschüler, mit denen ich guten Kontakt hatte. Ich war meistens Klassen- oder Schulsprecher.

Warum sind Sie selbst Lehrer geworden?
Mein Vater und einer meiner Großväter waren Lehrer, über das Lehrerdasein wurde daher bei uns zu Hause viel gesprochen. Aber entscheidend war – das klingt jetzt sehr unverschämt, aber ich muss es sagen: Ich wollte anders werden als die Lehrer, die ich erlebt hatte. In der damaligen Zeit herrschte ein unpersönliches Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler, man wurde mit dem Nachnamen angesprochen, es wurde ziemlich distanziert unterrichtet. Der Lehrer war vorne, die Klasse hinten. Dass der Lehrer mal durch die Reihen ging, das war schon was ganz Besonderes,

was selten vorkam. Ich stellte mir eine größere Nähe zwischen Lehrer und Schüler vor, was ich teilweise später auch realisieren konnte, vor allem bei meinen vielen Studienfahrten und den anstrengenden, aber wunderbaren Schulaufführungen, die ich mit Schülern gemacht habe. Dort sind Freundschaften entstanden, die teilweise bis heute bestehen.

Sie sind sehr jung Schulleiter eines der renommiertesten Gymnasien des Landes geworden, mit 37 Jahren – für die damalige Zeit doch sicher sehr ungewöhnlich...
Das lag daran, dass die halbe Generation vor uns durch den Krieg verloren gegangen war. Es ging nach meinem eigenen Empfinden aber eigentlich alles viel zu schnell. Ich war kaum Studienrat, da wurde ich Fachleiter, ich war kaum Fachleiter, da wurde ich Fachberater im Bereich der Verwaltung Höherer Schulen Hannover, und das als Einziger im Fach Deutsch – das ging geographisch von Aurich bis Göttingen. Ich bin also damals sehr weit herumgekommen im Land. Es hat mir Spaß gemacht, in die anderen Schulen hereinschauen zu können, aber es kam alles ein bisschen zu früh. Ich hatte ja auch eine wachsende Familie, und ich habe mich um unsere vier Kinder so gut wie gar nicht kümmern können. Wiedergutmachen, indem man sich mehr für die Familie einsetzt, kann man das eigentlich nur bei den Enkeln oder jetzt Urenkeln. Und dann wurde ich eben Schulleiter.

Danach ging Ihr Weg aber noch weiter, Sie wurden Präsident des Landesprüfungsamtes. War dies ein bewusster Schritt?
Die Konsequenzen waren mir sicher nicht im ganzen klar. Es war – mit 45 Jahren – eigentlich auch wieder zu früh, um von der Schule wegzugehen, denn meine Zeit als Schulleiter des Max-Planck-Gymnasiums war eigentlich meine schönste: Tolle Schüler, engagierte Kollegen, gut kooperierende Eltern – besser ging es eigentlich gar nicht. Natürlich war es politisch eine schwierige Zeit, in der viel revoltiert wurde. Aber wir haben an unserer Schule gegen den „Contra"-Geist, der damals herrschte, gut zusammengehalten. Aber Präsident des Landesprüfungsamtes zu werden, bedeutete für einen jungen Familienvater auch finanzielle Anreize, es war eine „gute B-Stelle", und es war eine sehr wichtige Tätigkeit, die eine neue Herausforderung darstellte. Dennoch bin ich ungern aus der Schule herausgegangen.

Damit verbunden war damals dann ja auch, dass Sie die Leitung des Philologenverbandes abgegeben haben, die Sie 1974 im Alter von 42 Jahren übernommen hatten. Ihr Vorgänger Dr. Wolfgang Fornaschon war seinerzeit unerwartet verstorben...
Ja, das ist richtig und war meine feste Überzeugung: Ein Vorsitzender des Philologenverbandes muss nach meiner Auffassung in der Schule tätig sein. Daher ist es rückblickend für mich so überraschend, dass Dr. Kurt Heißenbüttel, der den PhVN 1947 gegründet hat, über Jahre noch als Pensionär den Philologenverband geführt hat. Als 1961 Dr. Wolfgang Fornaschon in vergleichsweise jungen Jahren übernommen hat, war Heißenbüttel schon längst im Ruhestand. Er hat danach aber noch einige Jahre als Geschäftsführer gewirkt. Fornaschon war Schulleiter der Lutherschule Hannover, er war also nach Heißenbüttel, der als Studienrat ebenfalls an der Lutherschule tätig gewesen war und 1947 den Verband gegründet hatte, der erste Schulleiter als Vorsitzender. Dr. Fornaschon war ein sehr energischer, selbstbewusster, aber in schwierigen Situationen auch besonnener Mann, der tatsächlich im Amt und im Alter von nur 62 Jahren ganz plötzlich gestorben ist. Er hat für den PhVN gelebt, sich sprichwörtlich „für den Verband aufgerieben" – und letztlich wohl mit seinem Leben dafür bezahlt. Ich kannte ihn gut, denn ich leitete am Ende seiner Amtszeit den Bildungspolitischen Ausschuss und war dadurch Mitglied in vielen Kommissionen des Kultus- und später des Wissenschaftsministeriums, in denen z.B. die Reform der Oberstufe vorbereitet wurde.

Kommen wir nun zu Ihrer politischen Karriere. Von 1976 bis 199 1 waren Sie, kurz nach Ihrem Beitritt zur CDU, bereits im Rat der Stadt Göttingen, von 198 1 bis 199 1 dort zudem CDU-Fraktionsvorsitzender. 1994 zogen Sie in den Landtag von Niedersachsen ein. Schwerpunkt dort war wahrscheinlich Kultuspolitik?
Nein, Hochschulpolitik. Ich hatte dort den Wissenschaftsausschuss zu leiten – einer, der dort dabei gewesen ist, war übrigens der junge Herr Althusmann.

Sie waren nur eine Legislaturperiode im Landtag. 1998 Uhr waren Sie bereits im Rentenalter, sind Sie absichtlich nicht wieder angetreten?
So richtig war die Tätigkeit im Landtag nichts für mich, zumal ich sie nur in der Rolle der Opposition erlebt habe, also wenig selbst mitgestalten konnte. Hinzu kam, dass ich damals einen guten Kontakt zum Präsidenten der Hildesheimer Universität hatte, der mir anbot, dass ich, wenn es irgendwie ginge, dort einspringen sollte, denn es gab einen Mangel an Germanisten. 1998 bin ich also als eine Art Seniorprofessor an die Uni Hildesheim gegangen. Das habe ich etwa sieben Semester lang gemacht; als es dann genügend junge Lehrende gab, habe ich wieder aufgehört und bin in die UDL gegangen. Das war die Universität des Dritten Lebensalters, heute würde man „Seniorenstudium" sagen, bin also an der UDL Göttingen tätig geworden. Ich habe für meine Universitätstätigkeit nie ein Honorar genommen.

Dennoch war es eine schwierige Entscheidung, nicht weiterhin dem Landtag anzugehören, zumal es der damalige Fraktionsvorsitzende Wulff sehr gerne gesehen hätte, wenn ich weitergemacht hätte. Ich war sehr im Zweifel, ob ich wieder

Der erste PhVN-Vorsitzende Dr. Kurt Heißenbuttel

Der zweite PhVN-Vorsitzende Dr. Wolfgang Fornaschon

Vorsitzende des PhVN

1947-1961:	StR Dr. Kurt Heißenbüttel, Hannover (1895-1965)
1961-1974:	OStD Dr. Wolfgang Fornaschon, Hannover (1912-1974)
1974-1978:	OStD / Präsident des NLPL Dr. Achim Block, Göttingen (*1932)
1978-2003:	OStD Roland Neßler, Gehrden (*1937)
2003-2009:	StD Guillermo Spreckels, Lüneburg (*1944)
Seit 2009:	StR Horst Audritz, Wolfenbüttel (*1951)

antreten sollte, und dann kam eben dieses Angebot aus Hildesheim. Ich wollte, einfach gesagt, wieder in die Lehre zurück und habe auch an der eigenen Schule wieder einen Kurs in Philosophie gegeben, als dort die nötigen Kollegen fehlten. Ich bin also nach all den Jahren dann noch einmal Lehrer geworden.

Bei „Wikipedia" steht unter Ihrem Eintrag, dass Sie nebenher auch Mitglied im Studentischen Musikkreis (heute Studentische Musikvereinigung Blaue Sänger Göttingen), tätig sind, für den Sie unter dem Pseudonym Micha K. Colb ein komödiantisches Theaterstück schrieben. Was hat es damit auf sich?
Micha K. Colb ist ein Anagramm meines Namens. Theater zu spielen und Theater zu machen ist mein Lieblingshobby. Schon als Schüler habe ich ein Theaterstück mit meiner Klasse aufgeführt. Bei den „Blauen Sängern", das ist eine musiktreibende Gruppierung, war ich während meines Studiums in der Theater-AG. Ich hatte die Gelegenheit, bei Heinz Hilpert ein wenig Theaterwissenschaft zu studieren und auch theaterpraktische Übungen zu machen. Meine Überzeugung ist: Wenn man die Urbegriffe von Theater kennengelernt hat, ist man ganz anders ausgerüstet, als wenn man „einfach so drauflos lebt". Ich habe in verschiedenen Stücken mitgespielt, dann auch einige Stücke geschrieben.

Sind Sie auch musikalisch?
Als Chorsänger war und bin ich auch aktiv, ansonsten aber eigentlich nicht. Ich habe als Kind angefangen Klavier zu spielen, aber als dann der Krieg kam und das Klavier zerstört war, gab es wichtigere Dinge, um die man sich kümmern musste, zum Beispiel auf die Felder zu gehen, um zu retten, was noch zu retten war. Man kann es kaum glauben, wie verrückt aus heutiger Sicht meine Jugend war, weil man immer für das Nötigste arbeiten musste. So habe ich während des Studiums unter anderem in einer so genannten „Schwärze" gearbeitet, einer Firma, die heute noch in Celle Druckerschwärze herstellt. Als Schüler habe ich in der Landwirtschaft gearbeitet… Heute frage ich mich, wie man mit 13 Jahren schon ein Gespann leiten und andere Dinge tun konnte, die man 13jährigen gar nicht zumuten möchte.

Kommen wir nun zu 70 Jahren Philologenverband Niedersachsen. Sie können wie kein anderer die gesamte Geschichte unseres Verbandes nachverfolgen. Wie kommt das?
In den PhVN eingetreten bin ich 1958, also vor bald 60 Jahren. Die Geschichte davor kenne ich durch meinen Vater, der Schulleiter am Hermann-Billung-Gymnasium Celle war. Wie ich schon sagte, hieß der erste Vorsitzende des PhVN Dr. Kurt Heißenbüttel. Sein engster Mitarbeiter war Oberstudienrat Dr. Bessenrodt, der für die „Mitteilungen des Philologen-Verbandes Niedersachsen", so hieß diese Zeitschrift früher, oft wesentliche programmatische Aufsätze schrieb. Und dieser Dr. Bessenrodt war im Kollegium der Schule meines Vaters. Der Philologenverband war mir daher von Beginn an durch die häuslichen Gespräche vertraut. Mein Vater musste Dr. Bessenrodt oft beurlauben, weil der wieder einmal für den Philologenverband unterwegs war. Als ich dann eingetreten war, habe ich drei Jahre auch noch Dr. Heißenbüttel als Vorsitzenden erlebt.

Was zeichnete Dr. Heißenbüttel als Vorsitzenden aus – und wie kam er dazu, einen so mächtigen Lehrerverband zu gründen?
Heißenbüttel war jemand, der schon sehr früh erkannte, dass eine Schulform wie das Gymnasium existieren muss und dass man für diese Existenz auch etwas tun muss. Denn damals wollten die Besatzungsmächte zeitweise das Gymnasium abschaffen und eine Art Einheitsschule nach dem Vorbild ihrer jeweiligen Länder etablieren. Für mich ist die Institution Gymnasium etwas hoch Vernünftiges: sinnvoll, brauchbar als Vorbereitung für manchen Lebensweg. Warum aber ist es, so lange es den Philologenverband gibt, immer nötig, diese Schulform zu verteidigen? Früher war es der Vorwurf der Eliteschule – wobei man sich, wie ich meine, auch fragen muss, ob die Gesellschaft nicht auch eine Elite braucht! Warum ist es ein Ansatzpunkt der Kritik am Gymnasium, dass dort besonders intelligente Schüler erwartet werden? Oder diese Gleichheitsdebatte! Die kam ganz früh schon auf, bereits zu der Zeit, als ich unter dem Vorsitzenden Heißenbüttel Mitglied im Verband wurde. Warum braucht man eine eigene Interessenvertretung derer, die dort unterrichten? Was sollte überhaupt der Name „Philologenverband", denn es sind ja streng genommen nicht nur „Philologen" am Gymnasium? Im Prinzip sind wir immer dabei, unseren Beruf und unsere Schule zu verteidigen. Dabei war und ist das Gymnasium ja die beliebteste und angesehenste Schulform – seit damals und bis heute.

Die fünfziger Jahre waren schulpolitisch ja wahrscheinlich aber noch eine eher ruhige Zeit…
Nein, das waren sie nicht. Die Politik nach 1945 war doch von sehr starken allgemeingewerkschaftlichen Interessen bestimmt. Der Anspruch, unter der Lehrerschaft etwas Besonderes zu sein – auch wenn es nur etwas Gesondertes war – wurde von vielen nicht gutgeheißen. „Lehrer ist Lehrer", das ist uralt und wurde von linken Gewerkschaften schon damals gesagt, als es z.B. um den „Schulrahmenplan" ging.

Die 60er Jahre sind bekannt geworden als Zeiten der Unruhe, vor allem an Universitäten, aber zunehmend auch an Schulen. Was ist Ihnen aus dieser Zeit in Erinnerung, auch aus den 70er Jahren?
Ich habe schon von dem „Contra"-Geist der späten sechziger und frühen siebziger Jahre gesprochen, wir haben damals auch protestierende Schüler und heftige Auseinandersetzungen in Göttingen erlebt. Am Max-Planck-Gymnasium haben wir es aber immer verstanden, solche Geschehnisse von uns fernzuhalten, wir hatten eine sehr gute Schulgemeinschaft. In Niedersachsen insgesamt war es für uns aber insgesamt eine „Erlösung", als die Landesregierung durch einen plötzlichen Wechsel 1976 von der SPD zur CDU Hoffnung auf einen neuen Kurs machte. Als ich 1974 den Verband übernahm, fand der Wechsel im Kultusministerium von Peter von Oertzen zu Gottfried Mahrenholtz statt. Mahrenholtz war mir bekannt, weil er Ratsgymnasiast war, zwei Jahre über mir. Wir duzten uns und manchmal lud er mich zu einem Rundgang um den Maschsee ein – dann versuchte ich, ihm das eine oder andere zu souffleren. Das war freundlich, aber schwierig, weil er doch gewerkschaftsabhängig dachte. Und dann kam der Wechsel. Alles schaute auf die Albrecht-Regierung und den neuen Kultusminister Dr. Werner Remmers. Und das war eine Enttäuschung! Denn die von der SPD-Regierung vorbereitete Einführung der Orientierungsstufe wurde von der CDU nahtlos umgesetzt. Ich weiß nicht, wie viele Stunden ich mit ihm darüber geredet habe, aber Remmers war nicht dazu zu bewegen, das wieder zurückzunehmen. Er wollte

Dr. Achim Block bei seiner Wahl zum Verbandsvorsitzenden 1974

Dr. Achim Block heute

vor allem „Ruhe an der Front"! Meine Auffassung und die von Dr. Heißenbüttel und Dr. Fornaschon war immer die, dass das Gymnasium ein Kontinuum sein muss von Klasse 5 bis Klasse 13. Aber das hat es, wenn wir zurückblicken, ja zumindest in den letzten Jahrzehnten kaum einmal gegeben.

War die Orientierungsstufe der größte Irrweg der Bildungspolitik über all die Jahre?
Wir haben uns dagegen gewehrt, wie wir uns nur wehren konnten, und es war eine böse Enttäuschung, dass es diese Schulform so lange gegeben hat. Und noch heute gibt es ja wieder Leute, die ein längeres gemeinsames Lernen in der Schule einrichten wollen. Für mich ist das nach den negativen Erfahrungen, die wir mit der „OS" gemacht haben, völlig unverständlich.

Es war aber ja nun die CDU, die diese unglückliche Schulform eingeführt und dann auch erst einmal beibehalten hat, Ihre Partei. Sind Sie heute noch parteipolitisch aktiv?
Ich habe keine Ämter mehr, werde aber immer noch zu Gesprächen eingeladen, wo ich als „elder statesman" meinen Rat geben kann. Aber es stimmt, es war damals die CDU, welche an der OS festgehalten hat; ich habe damals auch mit Ernst Albrecht Gespräche dazu geführt. Er meinte aber immer, die Kultuspolitik seinen Fachministern überlassen zu müssen, und „schwebte" irgendwie über den Dingen.

Wenn wir Ihre Nachfolger betrachten, hat unser Verband weniger Vorsitzende als unser Land Kanzler gehabt. CDU/FDP und SPD/Grüne haben sich seitdem in der Regierung abgewechselt. Wie beurteilen Sie die bildungspolitischen Entwicklungen in dieser Zeit?
Ich hatte die Hoffnung, dass durch die Schaffung der Oberschule eine Aufwertung der Realschule und eine Entzerrung käme, so dass das Gymnasium weiter für sich arbeiten könne. Ob gewollt oder ungewollt, kommen viele Schüler auf unsere Schulform, die es sehr schwer haben und denen zum Teil gar nicht richtig geholfen werden kann. Die Auflösung der Förderschulen und die Inklusion wird auf Dauer nicht akzeptiert werden, die Eltern werden sich dagegen wenden, wenn es nicht die doppelte Zahl von Betreuern oder Schulen mit spezieller räumlicher Ausstattung – Pflegeräume und ähnliches – geben wird. Ich bin mit dem Gedanken, die Oberschule könne uns entlasten, in die Diskussionen, die unter der letzten schwarz-gelben Regierung waren, gegangen, zumal der Verband ja ein ähnliches Konzept [ein Zwei-Säulen-Modell einer Sekundarschule und des Gymnasiums, Anm. d. Red.] entwickelt hat. Aber der Typ Oberschule läuft – zumindest in Göttingen – ganz schlecht. Ich war auch immer der Meinung, dass man die berufsbildenden Schulen aufwerten sollte, damit die Berufsschulen einen klaren, spezifischen Lehrauftrag haben.

Sie haben vorhin gesagt, dass das Gymnasium immer in einem Abwehrkampf war. Wenn Sie die Jahrzehnte passieren lassen: Was waren die schwierigsten Herausforderungen und die größten Leistungen des Verbandes?
In den siebziger Jahren haben uns zum Beispiel die Oberstufenreform und die Pläne, die Lehrerausbildung zu einem Stufenlehrer umzustellen, sehr beschäftigt. Mit der Gegnerschaft gegen die einphasige Lehrerausbildung hat der Verband einen großen Erfolg gehabt, denn die Lehrerausbildung ist schulformbezogen und zweiphasig geblieben. Das Profil des Gymnasiums bis heute zu wahren, ist meiner Meinung nach eine wesentliche Leistung des Philologenverbands.

Über ein Vierteljahrhundert war Roland Neßler, Ihr ehemaliger Stellvertreter und späterer Nachfolger, prägender Vorsitzender des PhVN. Wenn man seine Reden auf zahlreichen Vertretertagen studiert, geht es um viele Dinge, die uns noch heute beschäftigen: Besoldung, das Profil des Gymnasiums, die Abgrenzung zur Gesamtschule, der Kampf gegen die IGS als ersetzende Schulform, Einstellungen, zu wenige Beförderungsstellen – warum ist Bildungspolitik so beratungsresistent?
Nicht generell, aber speziell aufs Gymnasium bezogen. Es ist meiner Meinung nach diese unglaubliche Begeisterung für „Gleichheit" und „Gleiches". Das Gymnasium ist schon immer die renommierteste und seit vielen Jahren die beliebteste Schulform gewesen, trotzdem ist gerade sie in einer Rechtfertigungspflicht, weil nicht alle auf diese Schule gehen! In Göttingen haben wir inzwischen 80 Prozent eines Jahrgangs am Gymnasium. Trotzdem redet die Gewerkschaft GEW einfach daher, dass wir endlich zur Gesamtschule übergehen. Dabei sind 80 Prozent ja fast schon eine Gesamtschule. Dieser Gleichheitswille liefert offenbar eine so starke

Motivation, das Gymnasium immer wieder anzugreifen.

Was würden Sie sich – wenn wir am Ende unseres Gesprächs einmal vorausschauen – für die Zukunft des Gymnasiums wünschen?
Erstens: Es wird nicht dauernd reformiert. Zweitens: Es geht nicht immer nur gegen das Gymnasium, sondern gibt auch Einsichten, die es fördern. Ich würde mich so freuen, wenn wir beim Philologentag einmal sagen können: Wir feiern dieses Mal einen Freudentag und begehen keinen Kampftag.

Wenn Sie Reformen ansprechen: Gab es in den letzten 70 Jahren überhaupt mal eine Zeit, in der Schule nicht unter ständigen Reformen gelitten hat?
Keine lange Zeit. Es können höchstens mal ein paar Jahre der relativen Ruhe gewesen sein, in denen die nächste Reform vorbereitet wurde, die noch nicht gegriffen hat. Unter dem Gedanken, dass sich Wesentliches ändern wird und muss, haben wir eigentlich die ganze Zeit gelebt. Manches war ja auch berechtigt; zum Beispiel die Umwandlung der Oberstufe in das Kurssystem war für viele positiv. Aber schon allein die Streiterei um die Stundenanteile, die damit verbunden war, zeigt: Es gibt immer irgendwo etwas zu streiten. Ich denke, dass die eigentliche Unterrichtsarbeit bei allem, was man immer so erfindet, Ruhe braucht und die Lehrer nicht dauernd durch irgendwelche Vorstellungen, es muss anders werden, gehetzt werden sollen. Also wäre die beste Reform, einmal keine Reformen zu machen.

Noch eine abschließende Frage: Was machen Sie persönlich heute?
Zu meiner Zeit im Landtag war ich in über vierzig Gremien tätig und über die Jahre in unzähligen Ehrenämtern, heute ist davon nur noch sehr wenig geblieben. Ich bin Mitglied bei den Rotariern, den Blauen Sängern, Ehrenmitglied der CDU-Ratsfraktion Göttingen, Juror in diversen Gremien und Mitglied des Vorstands der Alexanderstiftung Göttingen. Außerdem war ich Gründer des Fördervereins des Deutschen Theaters Göttingen, der jedes Jahr einen Jugendpreis vergibt, also einen hoffnungsvollen Nachwuchsschauspieler auszeichnet.

Des Weiteren reise ich schon seit meiner Studienzeit gern, so habe ich rund ums Mittelmeer alle Länder bereist – dies zum Teil auch als Gruppenleiter für Erwachsenengruppen gemacht – und bin, da unsere Kinder zum Teil in den USA leben, auch oft dort gewesen. Und natürlich bin ich auch immer noch gern für den Philologenverband als „elder statesman" aktiv, wenn man mich fragt.

Mit Dr. Achim Block sprach
Cord Wilhelm Kiel

Aus der Arbeit der Stufenpersonalräte

Ich fühle mich überlastet – was kann ich tun?

Von Astrid Thielecke und Martina Hadenfeldt

1. Eigeninitiative:
Viele, vor allem junge bzw. frisch eingestellte Kolleginnen und Kollegen scheuen sich, bei übermäßigem Arbeitspensum oder zu starker Arbeitsbelastung bei der Schulleitung nachzufragen oder zu intervenieren. Man weiß ja noch nicht, was eine „normale" Belastung darstellt. Die Angst ist groß, dass man als „nicht belastbar" eingestuft wird. Das möchte man natürlich gerade in der Probezeit vermeiden.

Aber auch gestandene Lehrkräfte leiden lieber still vor sich hin oder gehen über die Grenze ihrer Belastbarkeit hinaus, als dass sie sich bei der Schulleitung über nicht leistbare Arbeitspensen beschweren. Bei der Schulleitung entsteht dann häufig der Eindruck, dass alles wunderbar läuft, weil nur die wenigsten Lehrkräfte laut Einspruch erheben.

Es gibt auch Kolleginnen und Kollegen, die sich in sehr umfangreichen Korrekturzeiten einfach krank melden, um ihre Arbeit zu schaffen. Im Grundsatz gilt aber: Wer krank ist, darf nicht arbeiten! Das Krankmelden darf nicht die Lösung sein.

Ist man als junge Lehrkraft unsicher, ob einem zu viel aufgebürdet wurde, sollte man mit Fachkollegen oder dem Schulpersonalrat sprechen, um herauszufinden, ob die Aufgaben leistbar sind oder begründete Bedenken bestehen. Auch in Zeiten großer privater Probleme, jedenfalls dann, wenn dadurch die eigene Belastbarkeit herabgesetzt ist, sollte man das Gespräch suchen.

Beispiel: Eine junge Kollegin hat 31 mündliche Abitur-Prüfungen vorzubereiten. Sie denkt, man will ihre Belastbarkeit testen. Auf Nachfrage des SPRs kommt heraus, dass die Zuteilung ein Versehen ist und diese niemals so hätte laufen dürfen. Leider muss sie alle Prüfungen abnehmen, weil sie sich nicht schon am Anfang der Kursstufe gemeldet hat und das Problem nicht aufgefallen ist.

2. Der Schulpersonalrat
Nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz hat der Schulpersonalrat u.a. folgende Aufgaben:

- Der SPR muss darauf achten, dass alle Kollegen, zumindest schuljahralternierend, gleich belastet werden.
- Der SPR kann in Einzelfällen die Interessen des belasteten Kollegen

gegenüber der SL vertreten (Stundenplan / Raumänderung / Springstunden / Pausenaufsichten / Wechsel bei Außenstelleneinsätzen / Oberstufenbelastung / Abiturbelastung).

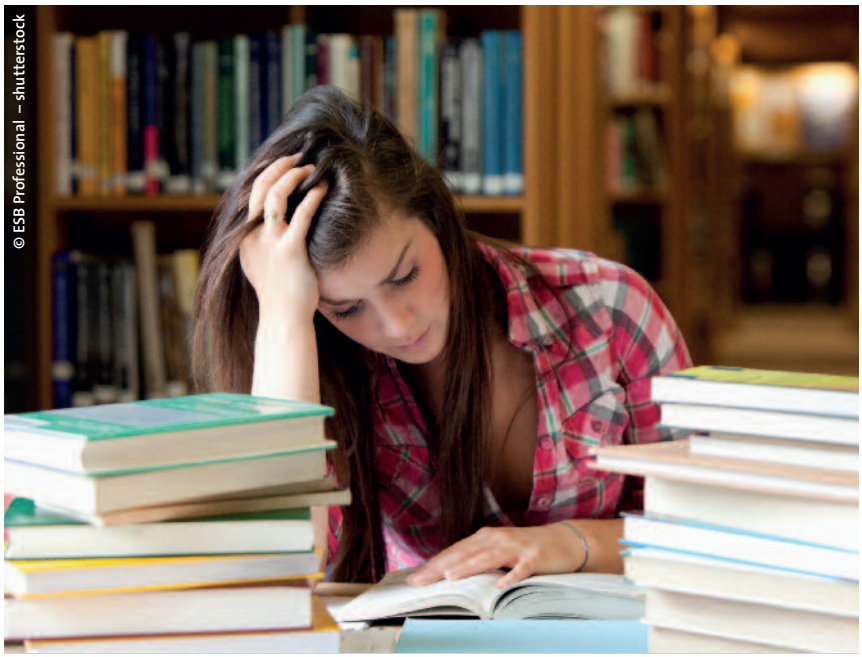
- Der SPR ist allgemein auch für den Gesundheitsschutz der Kollegen zuständig (NPersVG §66, Abs. 1, Nr. 11):
  - Beteiligung zur Vermeidung von Unfall- und Gesundheitsgefahren (belastende Geräusche wie Baustellenlärm)
  - Mitgestaltung von Arbeitsplätzen (Sitzplätze im Lehrerzimmer / Ruheräume)
  - Einflussnahme von Maßnahmen, die sich auf körperliche und psychische Belastungen auswirken
  - Zusammenarbeit mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit (Landesschulbehörde), dem Sicherheitsbeauftragten in der Schule, dem Schul-Hausmeister, der Gemeindeunfallversicherung (GUV), hier z.B. Abzugsanlagen in Chemiesammlungen, Messung der CO2-Belastung, Meldung von gesundheitsgefährdenden Zuständen auch gegenüber dem Schulträger
- Der SPR bestimmt bei organisatorischen Maßnahmen mit und ist unverzüglich zu unterrichten (NPersVG § 67, Abs. 1):
  - Nr. 2: bezüglich des IT-Systems der Schule (E-Mails bei Vertretungseinsatz/Stundenplanveränderungen/ Erreichbarkeit der Kollegen via Internet)
  - Nr. 7: unverzügliche Unterrichtung bei Anordnung von vorhersehbarer notwendiger Mehrarbeit und Überstunden

Beispiele:

a) Interessenvertretung gegenüber der Schulleitung:

Gerade wenn mehrere Lehrkräfte von zu hoher Arbeitsbelastung (z.B. zu knappe Korrekturzeiten beim schriftlichen Abitur) betroffen sind, empfiehlt sich, den SPR einzuschalten. Dasselbe gilt für grundsätzliche Anforderungen der Schulleitung (Pausenaufsichten, Baulärm).

Beispiel: Wegen einer Baumaßnahme wurden die Deckenverkleidungen in einem Pausenbereich abgenommen. Bei der Aufsicht in den großen Pausen kommt es zu unerträglicher Lautstärke.


© ESB Professional – shutterstock

Nach Intervention des SPR aufgrund mehrerer Aufsicht führenden Lehrkräfte wird der Bereich bis zum Abschluss der Bauarbeiten als Pausenbereich gesperrt.

b) Interessenvertretung gegenüber dem Schulträger:

In drei Hörsälen gibt es nur eine unzureichende Lüftung, so dass die Schülerinnen und Schüler und auch die Lehrkräfte (v.a. die, die mehrere Unterrichtsstunden dort verbringen müssen) Konzentrationsschwächen und Müdigkeit zeigen. Über den Arbeitsschutzausschuss konnte der SPR erreichen, dass eine CO2-Messung durchgeführt wurde. Daraufhin wurde die Lüftungsanlage ausgetauscht. Solche Forderungen an den Schulträger sind meist nicht so schnell umzusetzen. Hier kann unter Umständen mit dem Argument der Gefährdung der Gesundheit der Lehrkräfte, aber v. a. der Schüler (vgl. GUV) ein größerer Druck ausgeübt werden.

3. Gefährdungsbeurteilung

Die Gefährdungsbeurteilung, die lt. ArbSchG § 5 an der Spitze der konkreten Arbeitgeberpflichten steht, ermöglicht als präventive Maßnahme eine Überprüfung der Arbeitsplätze und aller Tätigkeiten auf gesundheitsbelastende und sicherheitsgefährdende Faktoren. Die Schulleitung ist nach § 5 Arbeitsschutzgesetz verpflichtet, eine umfassende Gefährdungsbeurteilung durchzuführen.

Der Erlass zu „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit der Landesbediensteten im Schulbereich“ basiert auf dem Arbeitsschutzgesetz und dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Darin beschrieben ist die Pflicht, „die Arbeitsbedingungen der Bediensteten im Hinblick auf Gefährdung der Sicherheit und der Gesundheit unter Berücksichtigung aller Faktoren der Arbeitsumgebung einschließlich psychosozialer Belastungen, der Arbeitsorganisation, der arbeitenden Menschen und der auftretenden Wechselwirkungen zu beurteilen, Verbesserungsmaßnahmen zu planen, durchzuführen, auf Wirksamkeit zu prüfen, sich ändernden Gegebenheiten anzupassen und den gesamten Prozess zu dokumentieren.“

- Gefährdungsbeurteilungen betreffen im Allgemeinen bestimmte Gruppen wie z.B. werdende Mütter oder Lehrkräfte, die Umgang mit Gefahrstoffen haben.
- Grundsätzlich steht für alle Lehrkräfte auch das Bugis und GAPS zur Verfügung. Bugis (Beteiligungsgestützte und umsetzungsorientierte Gefährdungsbeurteilung in Schulen) ist ein Instrument, schulrelevante Belastungen datengestützt zu erfassen, um schulinterne Prozesse zum Gesundheitsmanagement zu unterstützen und zu dokumentieren.

GAPS versteht sich als Screeningverfahren für den ersten Überblick zur Gefährdungsbeurteilung in allgemeinen psychosozialen Schulsituationen. Die Ergebnisse geben Hinweise, in welchen Bereichen ggf. psychosoziale Gefährdungen an der Schule vorliegen und liefert Richtwerte, ab wann wei-

tergehend Interventionen zur Gesundheitsförderung durchgeführt werden sollten. Schulleitung und PR können die Ergebnisse selber schnell auswerten und eine Begleitung durch die Arbeitspsychologie erbitten.

4. Die Remonstration

Wenn nur noch der offizielle Dienstweg hilft, dann hat man als Beamter die Möglichkeit bzw. die Pflicht zur Remonstration:

Hier bietet der § 36 des Beamtenstatusgesetz die rechtliche Grundlage:

(1) Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung. (2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich auf dem Dienstweg geltend zu machen. (...)

Die Remonstration verläuft in drei Stufen: Zunächst muss der Beamte Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer amtlichen Weisung beim unmittelbaren Vorgesetzten erheben. Bleibt dieser bei seiner Anordnung, hat er sich an den nächst höheren Vorgesetzten zu wenden. Wird die Weisung auch hier bestätigt, muss der Beamte diese ausführen. Remonstrationen können mündlich oder schriftlich erfolgen!

Wichtig: Es ist zu „remonstrieren", bevor die Ausführung der dienstlichen Anordnung stattfindet.

Beispiele:

- Anweisung fachfremden Chemieunterrichts;
- Abiturkorrekturfristen, die in der vorgegebenen Zeit nicht eingehalten werden können;
- Laut Vertretungsplan soll man fachfremd Schwimmunterricht erteilen;
- die Außenstelle ist in der vorgegebenen Pausenzeit nicht zu erreichen.

5. Überlastungsanzeige:

Wenn Gesetze und Verordnungen nicht mehr greifen, um die psychische und/oder physische Überlastung von Lehrkräften zu verhindern, ist es möglich, eine Überlastungsanzeige an den Dienstherren zu leiten.

Rechtliche Grundlage hierfür sind §§ 15 bis 17 des Arbeitsschutzgesetzes (zuletzt geändert 31. August 2015):

§ 15 Absatz 1: *Die Beschäftigten sind verpflichtet, nach ihren Möglichkeiten so wie gemäß der Unterweisung und Weisung des Arbeitgebers für ihre Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit Sorge zu tragen. Entsprechend Satz 1 haben die Beschäftigten auch für die Sicherheit und Gesundheit der Personen Sorge zu tragen, die von ihren Handlungen oder Unterlassungen bei der Arbeit betroffen sind.*

§ 16 Absatz 1: *Die Beschäftigten haben dem Arbeitgeber oder dem zuständigen Vorgesetzten jede von ihnen festgestellte unmittelbare erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Gesundheit [...] unverzüglich zu melden.*

§ 17 Rechte der Beschaftigten:
(1) Die Beschäftigten sind berechtigt, dem Arbeitgeber Vorschläge zu allen Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit zu machen. (...)
(2) Sind Beschäftigte auf Grund konkreter Anhaltspunkte der Auffassung, dass die vom Arbeitgeber getroffenen Maßnahmen und bereitgestellten Mittel nicht ausreichen, um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Arbeit zu gewährleisten, und hilft der Arbeitgeber darauf gerichteten Beschwerden von Beschäftigten nicht ab, können sich diese an die zuständige Behörde wenden. Hierdurch dürfen den Beschäftigten keine Nachteile entstehen. (...)

Folgerungen:

- Eine Überlastungsanzeige bzw. Überlastung ist nicht ausdrücklich in Gesetzen, Verordnungen oder Tarifverträgen geregelt oder definiert, dennoch sind Arbeitnehmer nach § 15 bis § 17 verpflichtet, ihrem Arbeitgeber eine Überlastung anzuzeigen, wenn daraus eine Gefährdung der eigenen Gesundheit bzw. Sicherheit oder der von anderen Personen ausgehen kann.
- Es dürfen dem Beschäftigten keine Nachteile entstehen: Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 11.3.2008 zu Az 2 BVR263/07 entschieden, dass die Folgen der Überlastung weder zum Anlass für disziplinarische Maßnahmen genommen werden dürfen noch sich bei sonstigen dienstlichen Maßnahmen nachteilig für den Betroffenen auswirken dürfen. Hiermit sind ausdrücklich Beurteilungen und Beförderungen gemeint!

Konsequenzen aus der gestellten Überlastungsanzeige:

- Der Dienstherr ist aufgrund der ihm obliegenden Fürsorgepflicht gehalten, den vorhandenen Missständen entgegenzuwirken und
- der Arbeitnehmer oder Beamte befreit sich von einer ihm evtl. drohenden Schadensersatzpflicht.

Form und Inhalt der Überlastungsanzeige :

Die Überlastungsanzeige muss schriftlich gestellt werden und hat gegenüber dem unmittelbaren Dienstvorgesetzten, also der Schulleitung zu erfolgen. Es ist wichtig und notwendig, dass die Belastungsfaktoren so konkret wie möglich benannt werden, damit der Dienstherr für Abhilfe sorgen kann. Auch auf gesundheitliche Probleme bzw. Gefährdungen aufgrund der Arbeitsbelastung sollte hingewiesen werden.

Die überlastungsanzeige sollte insbesondere auf folgende Punkte eingehen:

- Welcher Arbeitsanfall ist zu bewältigen?
- Wie ist die Organisationseinheit gegenwärtig besetzt?
- Wodurch ist die Arbeitsüberlastung entstanden? (Erkrankung von Kollegen; übermäßige Vertretungen, die zu leisten sind, zu viele Referendare, um die man sich kümmern muss)
- Wie wirkt sich die Arbeitsüberlastung im Einzelfall aus? (längere Korrekturzeiten, Klassenarbeiten können nicht in der erforderlichen Zeit zurückgegeben werden, die Unterrichtsvorbereitung leidet)
- Welche persönlichen Folgen können sich für den Beschäftigten ergeben? (Schlafmangel, Krankheit; Erschöpfung etc.)

Die Überlastungsanzeige sollte mit einer Aufforderung enden, die aufgezeigten Missstände baldmöglichst zu beheben.

Abzuraten ist in folgendem Fall:

Sofern Sie noch in der Probezeit sind, sollten sie von einer Überlastungsanzeige absehen, da Ihnen womöglich diese Form der Kritik an den Ihnen auferlegten Arbeitsbedingungen als nachteilig ausgelegt werden kann. So könnten Sie als „wenig belastbar" eingeschätzt werden.

Bereitschaft und Vertretung in der Praxis des Schulalltags

Von Sylvia Burde

Immer wieder wird uns von unseren Personalräten berichtet, dass Kolleginnen und Kollegen mit Fragen zu den Themen Bereitschaft und Vertretungsunterricht an sie als Philologen herantreten. Wir nehmen dies zum Anlass, an dieser Stelle die Problematik aufzugreifen.

Frage: Für den Bereich der Polizei und Feuerwehr wurde bereits festgestellt, dass Bereitschaftszeiten ohne Einsatz als Arbeitszeit zu rechnen sind, da eine freie Verfügung nicht möglich ist und eine standortgebundene dauernde Anwesenheitspflicht besteht. Wie ist dies für den Bereich der Lehrkräfte geregelt?

Antwort: Im Bereich Schule bezogen auf Lehrkräfte sieht dies anders aus als in den in der Fragestellung angeführten Bereichen. Hierbei wird bisher beispielsweise davon ausgegangen, dass eine Bereitschaft, für die kein Bedarf besteht, dann frei genutzt werden kann durch die Lehrkraft, insbesondere auch in Bezug auf die dauernde standortgebundene Anwesenheitspflicht (konkret: dass die Lehrkraft das Schulgelände also theoretisch verlassen könnte).

Wir wissen, in der Praxis sieht dies völlig anders aus, da es kaum denkbar ist, die nicht wahrgenommene Bereitschaftsstunde außerschulisch oder außerdienstlich zu nutzen! Der Philologenverband wird sich auch in Zukunft dafür stark machen, Bereitschaftszeiten voll als Arbeitszeit anzurechnen. Ein Urteil hierzu steht aus.

Frage: Immer wieder treten viele Fragen und Unsicherheiten im Zusammenhang mit Vertretungsstunden auf, teilweise wird auch von Mehrarbeit gesprochen. Welche Einzelheiten sind zu beachten und wie sind die Begriffe voneinander abzugrenzen?

Antwort: Die Eigenverantwortliche Schule ermöglicht den Schulleitungen Gestaltungsspielraum, was in der Praxis dazu führt, dass es eine Vielzahl an Konzepten zur Vertretungsregelung gibt. Allen Konzepten gemeinsam ist jedoch, dass die Gesamtarbeitszeit nicht überschritten werden darf. Es dürfen pro Schulhalbjahr gem. § 4 Abs. 2 Satz 4 ArbZVO-Schule maximal 40 Unterrichtsstunden Vertretung geleistet werden, wobei im Ausnahmefall 4 Unterrichtsstunden pro Woche als vertretbar angesehen werden – jedoch nicht auf Dauer. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Einsatz von Lehrkräften im Rahmen des flexiblen Unterrichtseinsatzes ausgeglichen zu gestalten ist, wofür die Schulleitung Sorge trägt.

Es ist zu unterscheiden zwischen flexiblem Unterrichtseinsatz (Vertretung) und Mehrarbeit, welche nur auf Antrag und nach Genehmigung der NLSchB angeordnet werden kann. Die Mehrarbeit ist finanziell zu vergüten oder durch Einrichtung eines Sonderarbeitszeitkontos abzubummeln.

Schulen in Niedersachsen

Niedersächsisches Gymnasium unter den besten Schulen Deutschlands

Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium Osnabrück 2015 und 2017 nominierte Schule für den Deutschen Schulpreis

Von Sebastian Lücking

Wenn man es in Berlin bei der diesjährigen Verleihung des Deutschen Schulpreises am 29. Mai 2017 durch Bundeskanzlerin Angela Merkel noch nicht ganz aufs Treppchen geschafft hat – ziehen am EMA in Osnabrück dennoch Schüler, Lehrkräfte und Eltern ein durchweg positives Fazit nach zweimaliger Teilnahme an Deutschlands größtem Schulwettbewerb. Denn eine Bewerbung um den Deutschen Schulpreis erfordert den genauen Blick auf das, was eine Schule prägt und sich als zentrale pädagogische Herausforderung erweist, um die sich alles andere gruppiert. Am EMA gilt nach wie vor die zentrale Herausforderung „Wir leben Integration“. Damit steht das EMA als Gymnasium mit einer zunehmend heterogenen Schülerschaft mit Wurzeln in weit über 50 Ländern ganz und gar nicht allein da, wie das Profil der nominierten Schulen 2017 gezeigt hat. Viele Gymnasien unter den Bewerberschulen stellen mittlerweile ihre Integrationsbemühun-

Die Delegation vom Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium (EMA) beim Deutschen Schulpreis

gen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit, bisweilen gelingt ihnen deren Einsatz unter anderen Rahmenbedingungen besser als in Niedersachsen. Das Preisträger-Gymnasium Weilheim in der Nähe von München konnte mit seinem differenzierten Integrationskonzept die diesjährige Jury besonders überzeugen. Der Zustrom von Flüchtlingen seit 2015 verlangt nicht zuletzt von Gymnasien in Niedersachsen, neue Wege in der Integration zu gehen. Das EMA konnte in seinen Integrationsbemühungen bereits auf umfassende Erfahrungen in der Integration von Spätaussiedlern und die Aufnahme von Realschülern in die gymnasiale Oberstufe zurückblicken und profitiert davon bei der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderung.

Eine Bewerbung um den Deutschen Schulpreis schärft zunächst den eigenen Blick für die wesentlichen Aufgaben und die Definition der „zentralen Herausforderung" für die eigene Schule. Darüber hinaus erfolgt eine detailierten Rückmeldung der Jury, sodass mit dem Blick des unabhängigen Außenstehenden das zu Optimierende in den Blick gerät. Ungemein hilfreich für den Blick nach innen sind die sechs Qualitätsbereiche des Wettbewerbs: 1. Leistung, 2. Umgang mit Vielfalt, 3. Unterrichtsqualität, 4. Verantwortung, 5. Schulklima, Schulleben und außerschulische Partner, 6. Schule als lernende Institution. Damit ist eine Basis für einen kontinuierlichen und zielgerichteten Verbesserungsprozess gelegt. Seit 2017 werden alle nominierten Schulen, die noch keinen der sechs Hauptpreise gewonnen haben, in ein zweijähriges Förderprogramm aufgenommen und von Mitgliedern der vier Regionalteams des Deutschen Schulpreises in ihrem Verbesserungsprozess gecoacht. Ein umfangreiches Hospitations- und Besuchsprogramm sowie Kongresse der Deutschen Schulakademie komplettieren das Programm. Für Reisekosten stellt das Förderprogramm den Schulen ein Budget zur Verfügung.

EMA-Schülersprecherin Hannah Lassak mit dem Anerkennungspreis für die Nominierung 2017

So vielschichtig die Gründe sein mögen, sich um den Deutschen Schulpreis zu bewerben; gereift ist der Entschluss am Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium, sich erstmals zu bewerben, nach dem Besuch der Schulinspektion wenige Tage nach Beginn des Schuljahres 2014/15. Deren Fazit fiel rundweg positiv aus. Mit diesem motivierenden Ergebnis, viel Elan und einer Mischung aus jungen und erfahrenen Lehrkräften wollte OStD Hartmut Bruns eine Bewerbung um den Deutschen Schulpreis wagen. Nach Jahren des Umbruchs war das EMA von einem Gymnasium, um die im Einzugsgebiet viele einen Bogen machten und dessen Gebäude nach einem Schulbrand 2001 völlig erneuert werden musste, zu einer etablierten Größe als Stadtteilgymnasium herangewachsen. Mit der äußeren Erneuerung verlief kontinuierlich die konzeptionelle: teilgebundene Ganztagsschule, differenzierte Begabtenförderung, Eliteschule des Fußballs, Ausbau der Partnerschaften bis in die USA, Förderprogramme im Sekundarbereich I, Coaching in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe uvm. In den sechs Qualitätsbereichen guter Schule (s.o.) galt es zu punkten: Als dann das EMA sich 2015 erstmals unter den zwanzig Schulen (von ca. 110 Bewerberschulen aller Schularten) befand, die von Mitgliedern der Vorjury besucht würden, erfüllte das die Schulgemeinschaft schon mit ein wenig „wir haben es ja gewusst, dass wir gute Schule machen". Dass nach dem zweitägigen Besuch und nach der Entscheidung der Hauptjury das EMA sich plötzlich unter den 15 Nominierten wiederfand, fühlte sich noch besser an. Eine zehnköpfige Gruppe aus Lehrkräften, Schülern und Eltern nahm 2015 und 2017 an der Preisverleihung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin teil. Mit der ersten Nominierung wurde das EMA 2015 in die Deutsche Schulakademie aufgenommen. Mittels Hospitationsstipendien und Einladungen zu Kongressen der Deutschen Schulakademie konnten seitdem bereits mehrere Kollegen unterschiedliche Preisträgerschulen, insbesondere Gymnasien, z.B. das Friedrich-Schiller-Gymnasium in Marbach, besuchen und deren innovative Arbeitsweisen kennen lernen. Besonders profitiert hat das EMA aber von den individuellen Rückmeldungen der Jury. „Wissen Sie eigentlich genug über ihre Schüler?" – oder: Welche Folgen hat das Wissen über Lernvoraussetzungen, Kompetenzen und Einstellungen von Schülern für die Unterrichtsqualität? Mit dieser Frage hat man sich am EMA in der Arbeitsgruppe Qualitätsmanagement, in der Lehrkräfte, Schüler und Eltern beteiligt sind, inzwischen intensiv auseinander gesetzt. Mit den Jahrgängen 5 und 7 nimmt das Osnabrücker Gymnasium auf Basis der Jury-Rückmeldung seit Beginn des Schuljahres 2016/17 am KESS-Test (Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern) teil, um den Unterricht für die neuen Gymnasiasten einerseits noch stärker daran auszurichten, wo sie genau stehen und andererseits deren Kompetenzentwicklung über den Zeitraum von zwei Jahren genau nachzuverfolgen. Des weiteren steht die Optimierung der Unterrichtsqualität im Zentrum von Lehrerfortbildungen, so wie für Schülerinnen und Schüler verbindliche und regelmäßige Methodentage zur Stärkung der Selbstorganisation und Einübung altersangemessenen selbstgesteuerten Lernens beitragen sollen. Die verschiedenen Beispiele zeigen, wie vielschichtig eine Bewerbung um den Deutschen Schulpreis Schulentwicklung antreibt: der Blick zurück und nach vorn zeigen zwei Seiten des Versuchs, die Stärken der eigenen Schule zu erkennen und zu kommunizieren sowie die Entwicklungspotenziale offen zu legen, als Ziele für die Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht zu definieren und in konkreten Maßnahmen umzusetzen.

GASTKOMMENTAR

Warum Förderschulen unverzichtbar sind

von Heiko Schneider, Mitglied des Bildungsausschusses des Philologenverbands Rheinland-Pfalz

Unsere Pflegetochter Tamara* (Name von der Redaktion geändert) ist nun fünfzehn Jahre alt, von denen sie nur ihre ersten Lebensmonate nicht in unserer Obhut war. Sie leidet unter dem Fetalen Alkoholsyndrom (FAS), welches bei ihr von einem Spezialisten in Nordrhein-Westfalen vor vier Jahren diagnostiziert wurde. Diese pränatal erworbene und unheilbare Krankheit äußert sich bei Tamara symptomatisch vor allem in zum Teil extremen Unruhe- und Angstzuständen, Auto- und Fremdaggression, Distanzlosigkeit zu fremden Personen und insgesamt in einer starken Entwicklungsretardierung. Tamara hat eine schwere Merkfähigkeitsstörung, ihre kognitive Begabung liegt im diffusen Grenzbereich von Lernbehinderung zu geistiger Behinderung. Dass ihr leiblicher Vater aus einer sogenannten „Trinkerdynastie“ stammt und Drogen konsumiert hat, war uns bekannt, jedoch hatte die leibliche Mutter jahrelang aus Scham verschwiegen, dass auch sie während der Schwangerschaft immer wieder Alkohol getrunken hat. So ist uns in Unkenntnis der wahren Faktenlage eine lange Ärzte- und dann auch Schulodyssee leider nicht erspart geblieben.

Zur individuellen bestmöglichen Förderung jedes Kindes gehört auch die Aufrechterhaltung der Förderschulen

Tamara wuchs im Prinzip normal auf, aber bereits im Kindergarten zeigten sich einerseits motorische Defizite, andererseits fiel Tamara immer wieder in nicht altersadäquate Verhaltensweisen zurück, sodass wir ergotherapeutische Unterstützung in Anspruch nahmen. Ohne zu ahnen, welch schwere Grunderkrankung sich hinter all den Symptomen verbarg, haben wir Tamara an der Regelgrundschule angemeldet.

Schon nach wenigen Schultagen wandte sich die aufmerksame Klassenlehrerin an uns, mit dem Kind stimme etwas nicht. Tamara war extrem unruhig, lief häufig in der Klasse herum, störte andere beim Arbeiten und hat vereinzelt auch Mitschüler geschlagen, da sie offensichtlich kognitiv bei weitem überfordert war, also schon die Erstanforderungen der Regelgrundschule nicht bewältigen konnte. Immer wieder hat sie sich im Klassenraum einen freien Tisch gesucht, unter welchen sie sich auf den Boden setzte und von wo sie von der Lehrerin nicht wegzubewegen war.

Heute wissen wir, dass Tamara das gemacht hat, um für sich einen geschützten Raum zu finden. Nach einem kurzen Intermezzo an einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen, wo die Anforderungen immer noch viel zu hoch waren, wurde uns eine Schwerpunkt-Grundschule geradezu angepriesen, die sich erfolgreich um Kinder wie unsere Pflegetochter kümmern könne. Um es kurz zu machen: Die Lehrerin dort meinte, wir sollten unser Kind erst einmal richtig erziehen und Tamara beibringen, wie man sich gegenüber anderen verhalte, und ihr auch einmal den Hosenboden strammziehen.

Wir haben unser Kind also auch dort nicht weiter beschulen lassen und schließlich an einer Förderschule für motorische und ganzheitliche Entwicklung angemeldet, wo sie im Wesentlichen das für sie notwendige schulische Umfeld antrifft: eine kleine Klasse von insgesamt nur zehn Kindern; drei feste Lehrkräfte, die im Regelfall mindestens zu zweit unterrichten, denn Tamara benötigt einen kleinen, konstant bleibenden Kreis von Bezugspersonen, um nicht emotional überfordert zu werden; ein klasseneigener Ruheraum, der etwa bei einem Wutanfall schnell aufgesucht werden kann, denn selbst der Umgang mit nur wenigen Mitschülern in ihrer Klasse ist für sie sehr stressintensiv. Bei zu starker Reizüberflutung und emotionaler „Überschwemmung“ reagiert Tamara in der Regel mit einem psychogenen Anfall, der sich in starken Kopfschmerzen, Wassereinlagerungen im Gesicht und Erbrechen äußert. Dazu kommen starke Lichtempfindlichkeit, sodass das Zimmer verdunkelt werden muss, ferner – je nach Stärke des Anfalls – Hand- und Fußtremor sowie Kreislaufprobleme. Oft ist sie nach einem solchen Anfall einige Tage kaum mobil und kann weder zur Schule kommen noch am Familienalltag teilnehmen.

Anfangs hat Tamara auch an projektartigen Kooperationen mit der ortsansässigen Realschule plus bzw. dem Gymnasium teilgenommen, aber jedes Mal mit Anfällen reagiert, sodass wir auf Geheiß unseres betreuenden FAS-Arztes eine weitere Teilnahme untersagt haben.

Aufgrund ihrer FAS-Erkrankung neigt Tamara dazu, sich im Umgang mit gesunden Kindern ihre Defizite nicht

anmerken zu lassen und begibt sich in ihr persönliches „Hamsterrad“, um mithalten zu können. Schon die schiere Menge der Regelschüler im fremden Schulgebäude bedeuteten für Tamara Stress und Bedrängnis, Rückzugsmöglichkeiten standen nicht zur Verfügung.

Solches steht natürlich nicht in der Lokalpresse, die ein Miteinander von Förder- und Regelschülern immer gleich überschwänglich als gelungene „Inklusion“ feiert. Ebenso wenig liest man dort, dass verantwortungsvolle Kolleginnen und Kollegen der Förderschule einige wenige Förderschüler bewusst auswählen, denen man überhaupt eine Begegnung mit „gesunden“ Regelschülern zutraut. Meine Frau und ich möchten, dass unsere Pflegetochter so gelassen wird, wie sie halt ist, dass sie ihren Begabungen gemäß auf ihrem im Vergleich zur Regelschule sehr niedrigen Niveau gefördert und nicht zum Opfer eines Umfelds wird, welchem sie an einer Regelschule ausgeliefert wäre. Denn nachdem die angesprochenen Kooperationsprojekte beendet waren und als Tamara Schülerinnen und Schülern der Regelschulen in der Stadt begegnete, wurde sie von diesen nicht einmal mehr beachtet, was Tamara verständnislos und traurig zurückgelassen hat.

In Anbetracht des Krankheitsbildes von Tamara und der gemachten Erfahrungen mit verschiedensten Regelschulen komme ich zur für mich klaren Schlussfolgerung: Wer totale Inklusion propagiert, ist letztlich nicht vorrangig am Kindeswohl interessiert, sondern in der eigenen Ideologie gefangen.

Aus der Zeitschrift „Blick ins Gymnasium“ des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz

Personen

Ehrung für Vertreter der freien Schulen

Foto: Bezirksvorsitzender Ingo van Verth, Jürgen Klinger, seiner Nachfolgerin am Marianum, Andrea Loher, stellvertretender Bezirksvorsitzender Michael Vogt (von links nach rechts)

Besorgt um die Situation an den Schulen zeigten sich die Vertreter aus den Gymnasien der Grafschaft Bentheim und des Emslands im Hotel Pöker in Meppen. Inhaltlicher Schwerpunkt der diesjährigen Herbsttagung der regionalen Organisation des Philologenverbandes Niedersachsen waren die anstehenden Landtagswahlen. Dazu gehörte die Auseinandersetzung mit den vergangenen fünf Jahren Schulpolitik unter Rot-Grün und mit den bildungspolitischen Programmen der demokratischen Parteien.

Zunächst jedoch wurde Jürgen Klinger, langjähriger Vertrauensmann des Philologenverbandes Niedersachsen am Gymnasium Marianum in Meppen, aus diesem Kreis verabschiedet und mit der Bronzenen Ehrennadel des Philologenverbandes ausgezeichnet: Annähernd 30 Jahre lang vertrat er den Gymnasiallehrerverband an seiner Schule und setzte sich ausgesprochen zuverlässig und engagiert für die Belange des Gymnasiums ein. Zudem arbeitete er im „Arbeitskreis Schulen in freier Trägerschaft“ mit und vertrat somit deren Belange auch auf Landesebene.

Bezirksvorsitzender Ingo van Verth (Burg-Gymnasium Bad Bentheim) bedankte sich herzlich bei Jürgen Klinger und sprach die Hoffnung aus, dieser möge sich auch in Zukunft regelmäßig bei den Versammlungen sehen lassen. In seinen Dankesworten betonte dieser unter anderem, dass sich Verbandsarbeit zugunsten einer guten Sache auch lohne.

Ingo van Verth

Wir trauern um

Eßer, Peter	Leer	26.06.2017
Althaus, Heinz	Münster	04.07.2017
Backhausen, Georg	Bersenbrück	09.07.2017
Schmidt, Werner	Walsrode	14.08.2017
Hodde, Helke	Quakenbrück	30.09.2017
Weise, Ingrid	Elze	02.10.2017
Kreuzer, Gertrud	Hannover	22.10.2017

Die Inklusionsfalle – oder Argumente gegen das TINA-Prinzip

Michael Felten: *Die Inklusionsfalle – Wie eine gut gemeinte Idee unser Bildungssystem ruiniert.* Gütersloh 2017: Gütersloher Verlagshaus, 176 S., gebundene Ausgabe, ISBN 978-3-579-08672-9, 17,99 €

Michael Felten ist seit 35 Jahren Gymnasiallehrer, Lehrerausbilder und Schulentwicklungsberater – also ein ausgewiesener Fachmann in Sache Bildung. Auf seiner Homepage: www.eltern-lehrer-fragen.de finden sich viele interessante Ausführungen und Antworten auf Problemfelder von Schule und Bildung.

In seinem aktuellen Buch spricht er die Probleme der derzeitigen Inklusionsentwicklung offen an und bezieht eindeutig Position: er ist kein Gegner der schulischen Inklusion, aber betrachtet mit kritischem Blick die gravierenden Probleme der derzeitigen Inklusionsentwicklung.

Der Prolog beginnt mit: „Schulische Inklusion – Traum oder Trauma? Stell' Dir vor, Du beteiligst Dich an einer großen Weltverbesserungsaktion – und am Ende sieht die Erde übler aus als zuvor." Felten enttarnt das in vielen öffentlichen Diskussionen beschworene TINA-Prinzip („There is no alternative"): Da kommen wir nicht drum herum. Diese Maxime basiert ja angeblich auf der Behindertenrechtskonvention der UN (im Anhang als Dokument B beigefügt). Der Autor widerlegt diese Forderung und entlarvt sie als für Deutschland nicht zutreffend. Die momentane Umsetzung der Inklusion im deutschen Bildungssystem entspräche nicht nur einer Sparinklusionsschule, sondern schade der ohnehin fallenden Bildungsqualität allgemein noch zusätzlich.

Michael Felten spricht sich für ein „dual-inklusives Schulsystem" (nach OTTO SPECK) als pragmatische Lösung aus: es müsste eine „ausgewogene Kooperation von integrationsoffenen Regelschulen und ergänzenden Förderschulen" geben. Das entspräche dann nicht TINA, sondern TATA: „There Are Thousand Alternatives!". Der Autor schließt seinen Einstieg mit einem Aufruf, sich gegen die Inklusionsfalle zu wehren und ruft dazu auf, sich in die Debatte einzumischen.

Im Kapitel I „DIE LAGE" wird aus der aktuellen Praxis in deutschen Schulen berichtet, Felten dokumentiert anhand von acht Beispielen, Aussagen von Verbänden, Auszügen aus der öffentlichen Debatte und der Schilderung einer Langzeitbeobachtung sowie Ausführungen über Lernbehinderte am Gymnasium, der Lehrerausbildung, der Sichtweise der Eltern und Kinder die augenblickliche Lage kenntnisreich und ohne Schönfärberei.

Im Kapitel II „BLICK HINTER DIE KULISSEN" legt der Autor die wahren Hintergründe und Interessen in der Inklusionsdebatte offen, gegliedert in Normatives, Internationales, Empirisches, Ideologisches und Individuelles. Sehr plakativ vermutet er am Politikum Inklusion auch den sogenannten Concorde-Trugschluss (benannt nach dem Überschallflugzeug): „Menschen neigen anscheinend dazu, auch dann noch an irgendwelchen Zielen festzuhalten, wenn sich diese bereits als unerreichbar erwiesen haben – einfach, weil man schon so viel investiert hat."

Die Bilanz nach über sieben Jahren Inklusionsversuchen fällt vernichtend aus. Nach Felten ist eine Ausrichtung auf forschungsbasiertem Handeln im Umgang mit der schulischen Integration entwicklungsbehinderter Kinder überfällig.

Im Kapitel III „PERSPEKTIVEN" werden die Schlussfolgerungen aus den vorangegangenen Analysen formuliert: „Nicht ‚Eine Schule für alle', sondern ‚Für jedes Kind die beste'." Feltens allgemeines Fazit: Es geht um das Entwicklungswohl aller Kinder – solcher mit besonderen Beeinträchtigungen wie auch der ohne.

Es folgen drei Abschnitte zu Empfehlungen: 1. „Schulsystem: Nicht revolutionieren, sondern optimieren". Hier geht es um den dynamischen Verbund aller Schulformen, Inklusion am Gymnasium (durchaus Aufnahme von Kindern mit bestimmten körperlichen Beeinträchtigungen oder mit emotional-sozialen Entwicklungsstörungen) und Unterrichtsqualität statt Strukturkampf. 2. „Lehrer: Nicht ruinieren, sondern unterstützen!", „Wo Lehrer noch besser werden können" (Weiterbildung) und „Warum Lehrer sich nicht alles gefallen lassen müssen" (Remonstration mit Dokumenten im Anhang). 3. „Bürger: Nicht übergehen, sondern ehrlich beteiligen". „Eigentlich ist die Sache eindeutig: Das Schulsystem kann nur dann dem Wohl aller Kinder dienen, wenn es auf mehreren Säulen steht (dual-inklusiv); und das pädagogische Personal braucht breite und vielfältige Unterstützung...". Was ist also als Bürger aus Feltens Sicht zu tun? Parteien in die Pflicht nehmen, nach Programmen befragen, Politiker auf den Zahn fühlen. Der Autor empfiehlt zudem Initiativen zu entfalten und zu unterstützen, z.B. durch Petitionen, also ein durchaus Mut machender und optimistischer Abschluss des hervorragenden Buches.

Das Werk von Michael Felten empfiehlt sich unbedingt als Lektüre, vielleicht auch gerade in der Folge der Landtagswahl vom Oktober 2017.

Astrid Thielecke

Ein neuer „Sturm“ am Krimihimmel

Reinhard Sturm: *Reine Rache* – Bremen-Krimi, Carl-Schünemann-Verlag, Bremen 2017, 288 Seiten, Tb., ISBN: 978-3960470076, 14,90 €

Eine grausame Mordserie erschüttert Bremen. In der sonst eher beschaulichen Hansestadt treibt ein Serienkiller sein Unwesen. Seine Opfer: immer Frauen. Sein Vorgehen: ebenso brutal wie unauffällig. Nie kann die Polizei Spuren sicherstellen, nichts scheint die Opfer zu verbinden. Doch dann stoßen die Ermittler auf eine Gemeinsamkeit: den Privatdetektiv Thomas Brönner. Der smarte ehemalige Feldjäger hatte mit allen Frauen Kontakt, verfügt über eine polizeiliche Ausbildung und kann für keinen der Morde ein Alibi vorweisen. Was jedoch fehlt, ist das Motiv. Die Kommissare Langer und Scholz ermitteln unter Hochdruck in einem Wettlauf gegen den mysteriösen Täter. Und auch Brönner bleibt nicht tatenlos ...

So liest sich der Klappentext von „Reine Rache“, dem Erstlingswerk des bei Hildesheim lebenden Autors Reinhard Sturm. Reinhard Sturm – da war doch was? Genau: Reinhard Sturm, langjähriges Mitglied des Philologenverbands Niedersachsen und Ehemann von Ulrike Sturm (früheres GV-Mitglied und Bezirkspersonalrätin an der RA Hannover), war bis zu seiner Pensionierung Studiendirektor und Fachleiter für Geschichte am Studienseminar Hildesheim, außerdem war er als Schulbuchautor tätig. Nun, im (Un-)Ruhestand, ist Sturm unter die Krimiautoren getreten. Sein Erstlingswerk „Reine Rache“ wurde im Frühjahr veröffentlicht.

Ein Ruheständler, der als Hobby-Autor versucht, auf die aktuelle Krimi-Welle aufzuspringen? Mitnichten – wer das behauptet, tut Reinhard Sturm und seinem fulminanten Debütroman großes Unrecht! Denn Sturm hat nicht „mal eben“ einen – übrigens von der ersten bis zur letzten Seite spannenden und fesselnden – Krimi aufgeschrieben (von dessen Handlung wir freilich an dieser Stelle nicht mehr verraten wollen, denn selbst Lesen sorgt für die Auflösung der oben zitierten Handlungs-Zusammenfassung), sondern er hat auch umfassend recherchiert, wie Polizeiarbeit in der Wirklichkeit aussieht. Die ist nämlich keineswegs so, wie es in vielen Fernsehkrimis und auch so mancher Unterhaltungsliteratur dargestellt wird. Die Abläufe und auch die Hierarchien der Arbeit von Polizei, Rechtsmedizin, Profilern und der Spurensicherung werden realitätsnah und zudem gut lesbar beschrieben. Um auf diese Weise erzählen zu können, ist Reinhard Sturm sogar Mitglied der Kriminalistischen Studiengemeinschaft Bremen geworden. Sturm selbst ist übrigens kein Bremer, aber dank familiärer Beziehungen großer Bremen-Fan.

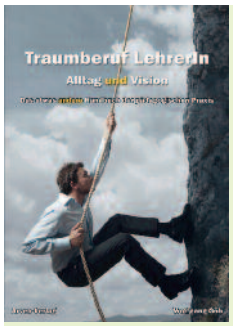
Sehr positiv ist, dass es in „Reine Rache“ um den Fall und seine Aufklärung geht und nicht – wie es ebenfalls Mode zu sein scheint – um Probleme, Psychosen und das meist desolate Privatleben der Ermittler. Denn anders, als es heute in (zu) vielen Fernsehkrimis der Fall ist, kommt es vor allem auf die gute Zusammenarbeit einer Mordkommission, das Ineinandergreifen aller an einer Mordermittlung Beteiligten an. Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu hanebüchen, dass in den meisten neuen Ermittlerteams von „Tatort“ oder „Polizeiruf“ mehr gegen- und nebeneinander statt miteinander gearbeitet wird. Das nervt mittlerweile und würde in der Realität bedeuten, dass solche „Teams“ keinen einzigen Fall aufklären würden. Nicht so bei Reinhard Sturm. Zwar sticheln auch hier die junge Kommissarin Sandra Scholz und ihr bärbeißiger Vorgesetzter Bernhard Langer gelegentlich miteinander, und Thomas Brönner ist der smarte Detektiv, der sich gern mal außerhalb der Legalität bewegt. Aber all dies bleibt im Rahmen und sorgt eher für den besonderen Charme dieses Buches als überflüssige Nebenhandlungen, die nur von der eigentlichen Handlung wegführen würden.

Sowohl die Romanfiguren als auch die Handlung und die gewählten Requisiten sind so überzeugend, dass die Rekonstruktion des Tatherganges und die kriminalistische Spurensuche bis ins Detail den Leser bei der detektivischen Aufklärungsarbeit nach einem Serienkiller fesseln und man das Buch nicht mehr aus der Hand legen will. Wer also einen spannenden, aber gleichzeitig realistischen Kriminalroman jenseits der Krimi-Klischees lesen will, bei dem es auch „sofort zur Sache“ geht, ohne dass über Dutzende Seiten das Milieu beschrieben und in die Handlung eingeführt wird, dem sei dieses gelungene Werk zu empfehlen. Es wurde übrigens vom Verlag für den renommierten Friedrich-Glauser-Preis 2018 für das beste Krimi-Debüt eingereicht.

Reinhard Sturm hat schon angekündigt, dass es einen Folgeband geben wird – er arbeitet bereits daran. Ein neuer Stern (oder Sturm) am Krimihimmel? Wie auch immer, wenn es mit Brönner, Scholz, Langer und Co. so weitergeht, wie es im rasanten „Reine Rache“ begonnen hat, werden wir uns über weitere exzellente Bremen-Krimis aus dem Umland von Hildesheim freuen können!

Cord Wilhelm Kiel

Ein Handbuch, das Mut macht



Wolfgang Göb, *Traumberuf LehrerIn – Alltag und Vision. Das etwas andere Handbuch der pädagogischen Praxis.* 2013 Arven-Verlag, ISBN 9783000424588, geb. 24,95 €, als Kindle-Ausgabe 9,99 €.

Trotz des dämlichen Titels – immer, wenn ich eine aus Zeitgeist-Gender-Verirrungen resultierende misshandelte Variante der deutschen Sprache entweder mit Großbuchstaben mitten in Substantiven, Sternchen, Unterstrichen oder ähnlichem Unsinn sehe, vergeht mir inzwischen die Lust am Weiterlesen – gibt es hier ein interessantes neues Buch, das gerade für junge Lehrkräfte viele nützliche Informationen und Anregungen liefern dürfte.

Zum Glück verzichtet das Buch bis auf den Titel auf merkwürdige Sprachneuschöpfungen. Der Klappentext verrät, um was es geht: „Sie sind sich noch nicht ganz sicher, ob Sie wirklich Lehrer/in werden wollen? Sie möchten Ihre Schüler/innen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gewinnen, die interessierte Erwartungshaltung Ihrer Schüler/innen erhalten, Wissen nachhaltiger vermitteln, junge Menschen bereit und fit machen, sich den ökologischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen, Ihre Klassen die Schulzeit als wertvollen Lebensabschnitt erfahren lassen und einer destruktiven Alltagsroutine entgehen? In diesem Buch werden Sie positive Antworten auf diese Fragen finden und, wenn Sie wollen, daraus starke Eigenmotivation und enormes Durchhaltevermögen gewinnen können – vielleicht ein echter Traumberuf!“

Nach 34 Jahren im Dienst an bayerischen Realschulen und langjähriger Betreuung von Referendaren zeigt der Verfasser an selbsterprobten praktischen Beispielen, wie man eine positive Lehrer-Schülerbeziehung auf einer verständnisvoll-menschlichen aber gleichzeitig auch Leistung fordernden Grundlage herbeiführen und so den Schulalltag meistern kann. Zur Vermeidung von Burnout empfiehlt er „eine angstfreie Lehrer-Schüler-Beziehung in Fairness und fruchtbarer Disziplin, motivierend, leistungsorientiert und zugleich sozial-emotionale Bildung fördernd.“ Dazu werden alle Bereiche des Unterrichtsalltags von der ersten Stunde in einer neuen Klasse an über Elternarbeit bis hin zu Amok- und Suizidprophylaxe anhand praktischer Beispiele aus 34-jähriger Berufserfahrung erfasst („Alltag“).

Unverzichtbare Bildungsziele sind für den Autor, junge Menschen fürs Leben fit zu machen, weil sie nicht nur eine möglichst nachhaltige Allgemeinbildung erfahren, sondern auch die globalen, ökologisch-wirtschaftlichen Zusammenhänge verstehen lernen sollen. Schule wird so auch verstanden als Weg, „von unten“ ein Denken und Handeln in die Gesellschaft hineinzutragen, das unserer Spezies in einer kritischen Phase ihrer Existenz noch ein Zeitfenster offen lässt, alles zum Guten zu wenden. Fächerspezifische und -übergreifende Beispiele liefert das Buch dazu viele („Vision“).

Sich als Pädagoge einzubringen und als Multiplikator verantwortungsbewusste, mündige Multiplikatoren ins „Leben“ zu entlassen – das beschreibt und begleitet dieses Buch, das vor allem in Studienseminaren und Lehrerbibliotheken zum Inventar gehören sollte.

Cord Wilhelm Kiel

Sternstunden deutscher Sprache

Max Behland, Walter Krämer, Reiner Pogarell (Hg.) *Edelsteine. 121 Sternstunden deutscher Sprache vom Nibelungenlied bis Einstein, von Mozart bis Loriot.* IFB Verlag Deutsche Sprache, Paderborn, 3. Aufl. 2017, ISBN 978-3-942409-57-5, 24.90 €

Um die deutsche Sprache ist es nicht gut bestellt. Das ist inzwischen eine fast schon triviale Feststellung. Noch dazu eine ohne einen wirklich hoffnungsfroh stimmenden Ausblick.

Wenn aber der Satz richtig ist, der von so manchem in derartigen Situationen aufmunternd bemüht wird, dass es nämlich die Hoffnung sei, die zuletzt sterbe, dann sollte man auch im Blick auf unsere Sprache nicht mutlos-kleinmütig verzagen, sondern die Hoffnung glimmen lassen.

Das wird der Ansporn gewesen sein, der die drei Herausgeber geleitet hat, in einem anspruchsvoll gestalteten Buch unter dem Titel „Edelsteine“ 121 Sprachbeispiele als Beleg der Reichhaltigkeit, der Aussagekraft und, ja, der Schönheit des Deutschen zur Lektüre zu empfehlen – 121 „Sternstunden deutscher Sprache“.

Im Klappentext wird hervorgehoben, die Texte reichten „vom Nibelungenlied bis Einstein, von Mozart bis Loriot“. Das ist allerdings fast ein wenig zu viel der Bescheidenheit. Die Sammlung beginnt

nämlich mit Wulfilas Übersetzung des Vaterunsers ins Gotische im Jahre 370 und setzt sich (u.a.) fort mit den Straßburger Eiden (843), mit Otfried von Weißenburgs Evangelienbuch (868) sowie Hartmann von Aues „Der arme Heinrich“ (1195) und Walther von der Vogelweides „Ich saß auf einem Steine“ (1198), um dann das Nibelungenlied von 1205 zu erreichen.

Die Textbeispiele decken beinahe das ganze Spektrum der Textsorten ab – um hier mit „Textsorten“ einen Begriff zu gebrauchen, der sich im Zuge zunehmender Ablehnung schöngeistiger, sollte heißen bürgerlicher Literatur seit fast vier Jahrzehnten gerade im schulischen Bereich eingenistet hat, fürwahr nicht zum Vorteil der deutschen Sprache als unserem vornehmsten Kulturgut, weil plötzlich jede sogenannte Ganzschrift – und das durfte sogar ein geistloser Werbetext sein – von so mancher Lehrkraft für geeignet gehalten worden ist (und immer noch wird), Goethes „Faust“, Schillers „Die Bürgschaft“ oder Fontanes „Effi Briest“ gleichwertig zu ersetzen.

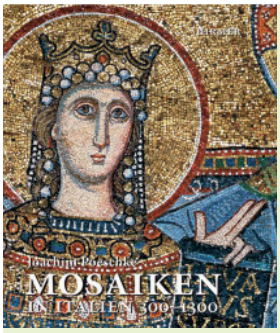
Unausgesprochen, aber deutlich erkennbar haben die drei Herausgeber, an ihrer Spitze der Bundesvorsitzende des „Vereins Deutsche Sprache“, Prof. Dr. Walter Krämer, dieser Fehlentwicklung entgegentreten wollen. Herausgekommen ist ein Buch, das nicht hoch genug gelobt werden kann. Es ist selbst zu einem „Edelstein“ geworden, der einen Platz im Schatzkästlein einer jeden Lehrkraft und einer jeden Schule erhalten sollte – in der Bibliothek, stets griffbereit zur anregenden und auch erbaulichen Lektüre in Sternstunden des Lebens und gewiss auch des Unterrichts.

Und der deutschen Sprache denn doch eine gute Zukunft sichernd.

Klemens Weilandt

Der Verfasser dieser Rezension, Klemens Weilandt bietet jeder Schule, die Interesse hat, ein Freiexemplar dieses Werkes für die jeweilige Schulbibliothek an. Bitte wenden Sie sich bei Interesse per per E-Mail an Herrn Weilandt, unter weilandt.uetze@t-online.de.

Mosaiken von großer Schönheit



Joachim Poeschke, *Mosaiken in Italien 300 – 1300.* Hirmer Verlag, München, 2009. 431 S. Mit 214 Farbtafeln und 92 Farbabb. im Text. 27 x 32,5 cm, Leinen, Schmuckschuber. ISBN 978-3-7774-2101-8, 138 €

Vom Anfang der musivischen „christlichen Bildkunst monumentalen Maßstabs“ im 4. Jahrhundert bis zu ihrer Verdrängung durch die Malerei im 14. Jahrhundert spannt Joachim Poeschke, Professor für Kunstgeschichte in Münster, seinen kundigen und umfassenden Überblick über frühchristlich-mittelalterliche Mosaiken in Italien. Deutlich wird, wie die Stilmittel und Motive sich vom Primat der klassischen Kunst unter dem Einfluss christlicher Weltsicht und neuer Bildthemen wandeln – z. B. infolge des sich entwickelnden Märtyrerkults. Während die ravennatischen Mosaiken byzantinisch geprägt waren, greift das erstarkende Papsttum im 8. und 9. Jahrhundert auf Ausdrucksformen frühchristlich-römischer Provenienz zurück. In Venedig, Sizilien und Florenz entwickeln sich neue Strömungen. Die Mosaizierung von insgesamt 17 bedeutenden Kirchenbauten wird mit über 200 z. T. doppelseitigen Farbtafeln von exzellenter, in der dankbar gewohnten Qualität des Hirmer Verlags ausführlich vorgestellt und jeweils unter Vorantritt einer eingehenden geschichtlichen und deutenden Einführung gewürdigt. Diesem umfassenden Hauptteil gehen 40 Seiten, bescheiden „Einleitung“ genannt, vorauf, in der die Entwicklung der Mosaikkunst und ihre Thematik in umfassendem, weit über die anschließend vorgestellten Einzelkirchen hinausgehenden Zusammenhang dargestellt und mit zusätzlichen farbigen Abbildungen veranschaulicht werden.

Damit bietet der gewichtige und prachtvoll ausgestattete Band „Mosaiken in Italien 300 – 1300“ einen umfassenden Überblick über das Jahrtausend frühchristlicher bis mittelalterlicher Mosaikkunst, das mit maßgeblichen Zeugnissen stadtrömischer Anfänge über die ravennatische Sakralkunst bis zur noch einmal byzantinisch beeinflussten und dem abendländisch-romanischen Kunstkreis angenäherte Ausschmückung der Markus-Kirche in Venedig reicht. Mehr noch: Gerade die Mosaiken in häufig frequentierten Kirchen wie die Markus-Kirche oder die Cappella Palatina in Palermo können nur anhand dieser Aufnahmen angemessen gewürdigt werden. Offen bleibt allerdings der Wunsch nach einem erklärenden Verzeichnis der speziellen Fachausdrücke, von denen manche (z. B. „Gammadion“) sich über Wikipedia kaum bzw. gar nicht klären lassen, dafür aber mit Hilfe von Konrad Onasch, „Liturgie und Kunst der Ostkirche in Stichworten, unter Berücksichtigung der Alten Kirche“, Leipzig 1981 – von Poeschke in seiner Bibliographie leider nicht genannt. Hilfreich wäre auch die Erläuterung, inwiefern sich die Darstellung des Christus Emmanuel (zu Venedig, San Marco, S. 316 und Tafel 154) von der des Pantokrators unterscheidet. Auch hier hilft allein Onasch weiter: es ist „der präexistente, zugleich Mensch werdende Logos“ (S. 73).

Uwe Lehmann

Sparen Sie bares Geld mit unserer Verbandskreditkarte

Immer mehr Mitglieder des Philologenverbandes Niedersachsen nutzen für sich und ihre Angehörigen unsere bewährte kostenlose Verbandskreditkarte – denn die Vorteile sprechen für sich:

Gebührenfreie Mastercard Gold

- Keine Jahresgebühr – dauerhaft
- Keine Auslandseinsatzgebühr – weltweit
- Keine Gebühr für Bargeldabhebungen – 1,73% Zinsen p. M. für den Zeitraum Abhebung – Rechnungsausgleich
- Keine Gebühren für Ersatzkarte, Ersatz-PIN und Kartensperrung
- Jederzeit kündbar – kostenlos
- Kostenfreie Partnerkarten

Inkludierte Reiseversicherungen

für zu mindestens 50% mit der Karte bezahlte Reisen

- Reiseausfall, Reiserücktritt, Reiserücktransport, Verspätungen
- Reisekrankenversicherung, Reiseunfallversicherung
- Reisediebstahlversicherung

Günstige Rabatte

- Bis zu 40% bei Neuwagenkauf für 34 Marken
- 5% Rückvergütung bei Mietwagen über ein Partner-Mietwagenportal und bis zu 20% bei Alamo in USA/Kanada
- 5% Reisegutschrift mit Bestpreisgarantie über ein Partner-Reiseportal

Sparen auch Sie bares Geld mit unserer Verbandskreditkarte.

Weitere Informationen und Antragsformulare für Sie und Ihre Angehörigen erhalten Sie auf unserer Homepage **www.phvn.de**.